

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Lettland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingärten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Donhoff 292-295. Verlag: Donhoff 2506-2507

Mittwoch, den 28. Januar 1925

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Postfachkonto: Berlin 373 36 - Bankkonto: Direktion der Treuhand-Gesellschaft, Treuhänder: Lindenstraße 3

Anzeigenpreis

Die einseitige Kopiergebühr 10 Pfennig. Kleinanzeigen 4,- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fertige Wort 10 Pfennig (außer zwei fertige Wörter). Jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenausschreibungen das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 50 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Gegen den Rechtskurs!

Der Massenaufmarsch der Berliner Sozialdemokratie.

Käme es der Sozialdemokratischen Partei lediglich auf ihr parteipolitisches Interesse an und nicht auf das Wohl des deutschen Volkes, dann könnte sie sich nichts Besseres wünschen als, fern von jeder Regierungsverantwortung, in dauernder Opposition gegen das regierende Bürgertum zu stehen. Als Partei hat die SPD. von einem Rechtskurs nur eine gewaltige Stärkung ihrer Werbetätigkeit zu erwarten. Das ist die Lehre der ungeheuren Massenkundgebung, zu der der Berliner Bezirksverband am Dienstagabend im Sportpalast aufgerufen hatte. Sie war die Probe auf das Exempel dafür, daß die Sozialdemokratische Partei nach ihrem gewaltigen Wahlsieg vom 7. Dezember lebendiger, kampftreudiger denn je ist, und daß jeder Versuch, diesen Sieg zu verneinen, den Volkswillen in sein Gegenteil umzuwandeln, die Kräfte, die in den sozialdemokratischen Arbeitermassen ruhen und in den letzten Jahren hauptsächlich zur positiven Aufbauarbeit herangezogen wurden, nur um ein Vielfaches vermehren würde.

Aber aus dem Verlauf der gestrigen Kundgebung ergibt sich auch eine weitere Lehre: die Arbeitermassen haben längst erkannt, daß es in der Republik nicht lediglich darauf ankommt, durch Opposition gegen die Machthaber die Entwicklung der eigenen Partei zu fördern, sondern daß es im Interesse des gesamten Volkes und der eigenen Klasse liegt, wenn die Männer ihres Vertrauens mit der verantwortungsvollen Aufgabe beauftragt werden, die Geschichte des Reiches und der Länder zu lenken. Sie sind bereit, ihre aufbauende Kraft in den Dienst der demokratischen Staatsform zu stellen. Aber sie sind mindestens ebenso entschlossen, wenn man auf ihre Mitwirkung mutwillig verzichtet, in jene Opposition zurückzukehren, der sie einst ihren stärksten Aufstieg verdankten. Und gegenüber dieser Opposition sind die kühnen Pläne des Rechtsblocks trotz der Liebesdienste der Kommunisten zum Scheitern verurteilt.

Kein Zweifel daran, daß der bloße Aufruf der Berliner Organisation genügt hätte, um zur gleichen Stunde mindestens fünf Sportpaläste an verschiedenen Stellen der Hauptstadt zu füllen. Denn selbst die eine Riesenhalle in der Potsdamer Straße, die für die meisten Berliner Arbeiter, mit Ausnahme der im Südwesten und in Schöneberg wohnenden, recht ungenügend liegt, war schon lange vor Beginn überfüllt. Bereits um 6 Uhr, also eine volle Stunde vor der angelegten Zeit, waren alle Plätze besetzt. Aber immer neue Massen strömten in die Halle herein. Waren es 20 000 oder mehr? Wer kann es wissen, wer kann außerdem die Tausende schätzen, die noch um 7 Uhr und später eintrafen und lehrmachend mußten?

Das Innere der Riesenhalle bot einen gewaltigen Anblick. Die große Demokratiekundgebung zu Beginn des letzten Wahlkampfes an der gleichen Stelle wurde durch diesen Andrang noch erheblich übertrumpft. Dennoch sorgten die Hunderte von Reichsbanner-Kameraden durch Kettenbildung in aufopfernder und geschickter Weise für das notwendige Mindestmaß von Bewegungsfreiheit. Um das hohe, rotgeschmückte Rednerpodium standen in dichten Gruppen die Arbeiterjugend sowie die Bannerträger zahlreicher Berliner Abteilungen.

Aber nicht allein die Zahl, sondern vor allem die Stimmung der Masse gestaltete diesen Abend zu einer unergieblichen Willenskundgebung zum Schutze der Republik. Der jubelnde Beifall, der die einzelnen Redner begrüßte, als sie das Podium bestiegen, sowie während und auch nach ihren Reden war der sichere Gradmesser der Kampflust unserer Parteigenossen.

Es war wohl kein Zufall, sondern ein wichtiges politisches Symptom, daß von allen Ovationen, die den Rednern des Abends entgegenkamen, diejenige besonders lebhaft war, die dem zurückgetretenen preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun bei seinem Erscheinen auf dem Podium zuteil wurde. Die Sozialdemokraten sind weit davon entfernt, sich vor der Opposition zu fürchten, aber sie haben volles Verständnis für die Leistungen, die unsere Genossen in der preussischen Staatsregierung im Interesse der Festigung der Republik vollbracht haben. Unverständlich hingegen ist für ihren gesunden Arbeiterverstand das Verhalten der kommunistischen Arbeiterverräter, mit deren Hilfe allein die Reaktion ihren Zielen im Reich und in Preußen näherkommen konnte. Jedesmal, wenn dieses Verhalten von den Rednern erwähnt wurde, erschollen durch die Riesenhalle vielstimmige Hui-Rufe. Die paar Kommunisten, die dagegen demonstrierten, wurden entweder schnell zur Ruhe gebracht, oder, falls sie auf weitere Störungsversuche nicht verzichten wollten, an die frische Luft befördert.

Nach knapp 1 1/2 Stunden hatte die Kundgebung ihr Ende erreicht. Sie wird all denen unvergesslich bleiben, die ihr

beizohnen durften. Aber ihr Widerhall wird weit über die Zahl der unmittelbaren Zuhörer und lange über diesen 27. Januar hinaus die politische Lage Deutschlands und Preußens beeinflussen.

Denn gleichviel, was jetzt kommen mag, der tatkräftige Beweis ist nun erbracht: die Sozialdemokratie ist zum Kampf für die Republik, gegen die Reaktion und gegen den kommunistischen Arbeiterverrat stärker und entschlossener denn je!

Im Sportpalast.

Die gewaltige Kundgebung wurde kurz nach 7 Uhr vom Vorsitzenden des Berliner Bezirksverbandes, dem Genossen Künstler, eröffnet. Brausender Jubel erhob sich, als er erklärte, daß mit dem heutigen Tage die Arbeiterschaft Berlins der Reaktion den schärfsten Kampf ansetze. Erneuter Beifall wurde laut, als er darauf hinwies, daß die von radikaler Seite beabsichtigten Störungen entschieden unterdrückt würden.

Von lang anhaltendem Beifall begrüßt, ergriff als erster Redner Reichstagspräsident Löbe

das Wort. Er führte aus:

Die Rechtsregierung ist eine Kriegserklärung an das deutsche Proletariat. Mit Gift und Haß, mit Verleumdung und Betrug wurde gegen Erzberger gearbeitet, bis er blutüberströmt am Anlebis zusammenbrach. (Stürmische Zustimmung) Ihm

folgte Rathenau; Birch wurde durch diesen verheerenden Einfluß der Reaktion gestürzt. Ich will nicht auf alle Opfer der Reaktion hinweisen. Zuletzt erhoben sie ihr Gefäß gegen Seevering und Braun, und jetzt sehen wir, wie gewählt wird, um dem Reichspräsidenten ein gleiches Schicksal zu bereiten. Das war der Feldzug der Zermürbung, der verhindern sollte, daß der Gedanke der Demokratie sich verbreitete und der ihre feste Säule, die Arbeiterschaft, aushöhlen sollte. Das geschieht um der Lastenverteilung willen, das geschieht, um die Ausbeutungsfreiheit der besitzenden Klassen zu verewigen. Auch in den letzten Jahren hat eine Schicht sehr reicher Spekulanten Gewinne einstecken können. Aber Junkertum und Schwerindustrie wollen durch diese Politik der Zermürbung die

dauernde Entrechtung der Arbeiterklasse festlegen. (Sehr wahr!) Drei Etappen führen uns das plastisch vor Augen: 1914, 1918, 1923.

1914. Da finden sich unsere Nachhaher bereit, der Arbeiterschaft entgegenzukommen, mit einer gnädigen Handbewegung laden sie sie ein, den Staat zu verteidigen, der sie entrechtete hatte. All die schönen Sprüchelein, wie: „Ich kenne keine Parteien mehr usw.“ hatten nur den Zweck, die Arbeiterschaft in ihre Gefolgschaft zu bringen. 1918 kam der Zusammenbruch und aus den Reihen derer, die heute wieder tausendköpfig erschienen sind, heraus erscholl der Ruf: „Dieser Staat soll jetzt unser Staat sein!“ Da begann eine andere Einstellung der Arbeiterschaft zu staatlichen Dingen. Der Staat war Republik geworden, er hatte aber seinen alten Inhalt behalten. Er blieb ein kapitalistischer Staat. Trotz dem sagten wir uns: wir können ihn jetzt nach unserem Willen gestalten, wir wollen ihn ausbauen und verteidigen. 1923

600 Millionen für die Ruhrindustriellen! Ein ungeschickliches Abkommen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am 27. Januar folgendes Schreiben an den Reichskanzler Dr. Luther gerichtet:

Die Vertagung des Reichstags hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gehindert, in öffentlicher Reichstags Sitzung die Frage der Entschädigung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen aus Anlaß des Ruhrkampfes zur Sprache zu bringen. Wir gestatten uns deshalb, Ihnen, Herr Reichskanzler, auf diesem Wege folgendes zu unterbreiten:

Nach Pressemeldungen ist vor einigen Tagen zwischen den zuständigen Reichsstellen und dem Ruhrbergbau ein Abkommen über den Ersatz der Schäden geschlossen worden, die dem Bergbau während des Ruhrkampfes entstanden sind. Das Reich erkennt darin seine Entschädigungspflicht an und habe sich zur Zahlung einer entsprechenden Entschädigungssumme bereit erklärt. Die Verteilung der Entschädigungszahlungen des Reiches, auf die bereits größere Abschlagszahlungen erfolgt seien, geschehe durch die Ruhrkohle-A.G. Die endgültige Berechnung sei noch nicht vorgenommen worden. Auch der Zeitpunkt dafür stehe noch nicht fest. Die Entschädigungsansprüche der Eisen- und der Stahlindustrie sollen ähnlich geregelt werden.

Ferner ist durch die Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924, die anscheinend die formelle Grundlage für das vorerwähnte Abkommen darstellt, eine außerordentlich weitreichende Ausdehnung der Entschädigungspflicht des Reiches vorgenommen worden. Die Entschädigungspflicht, die bisher nur bis zum 31. Oktober 1923 bestand, ist auf alle Schäden ausgedehnt worden, die bis zum 15. November 1924 entstanden sind. Des weiteren werden künftig 5000 M. voll entschädigt (bisher 2500 M.), höhere Beträge mit 75 Proz. (statt bisher 25 Proz.). Außerdem ist die bisherige Höchstgrenze von 50 000 M. aufgehoben worden.

Diese Mitteilungen haben in der Öffentlichkeit eine große Beunruhigung hervorgerufen. Sie ist entstanden aus der Erwägung,

1. daß es sich bei dieser Maßnahme um den gewaltigen Betrag von mehreren hundert Millionen Goldmark handelt. Die Presse beziffert den Anspruch der rheinisch-westfälischen Großindustriellen allein auf 600 Millionen Goldmark.

2. daß Entschädigungen gezahlt werden nicht nur für den tatsächlich erlittenen Schaden, sondern auch für entgangene Gewinne.

3. daß den Entschädigungsansprüchen Preise zugrundeliegen, die mit Rücksicht auf die Tragung der Ricumlasten durch die Industrie weit über den Produktionskosten festgesetzt waren.

4. daß die Zahlung erfolgt ohne gründliche und elamandfreie Nachprüfung der Schäden, so daß ein neuer Typus von „Ruhr-gewinnlern“ geschaffen wird.

5. daß bei der Bemessung der Entschädigungen weder die gewaltigen Gewinne durch Papiermarktreibie der Reichsbank, des Reiches sowie durch die Ausgabe von Notgeld und die bisher bereits gezahlten Entschädigungen, die sogenannte Lohnsicherung, berücksichtigt werden,

6. daß die Anerkennung der Ansprüche erfolgt auf dem Verwaltungswege, und daß die geschneebenen Körperschaften bei dieser gewaltigen Ausgabe überhaupt nicht befragt worden sind,

7. daß die durch das Abkommen zur Auszahlung gelangenden Beträge in dieser Höhe weder im Haushaltsplan für 1924 noch in dem für 1925 angefordert werden.

8. daß damit die Millionen Liquidationsgeschädigter, Vertriebener, Auslandsdeutscher und Inflationsgeschädigter, die mit Biennentgeschädigungen abgepeift worden sind, weitaus schlechter behandelt werden als die kapitalkräftigen Ruhr-geschädigten.

9. daß damit die Reichskasse so stark belastet wird, daß der Abbau der Massenbelastung gefährdet wird und gewaltige Ansprüche anderer Geschädigter hervorgerufen werden.

Hinzu kommt, daß den nach der Rückgabe der Ricum-Zechen an ihre früheren Besitzer von diesen reichslos entlassenen Angestellten und Arbeitern bisher von den Bergwerksgerichten weder das Recht auf Beschäftigung noch auf Entschädigung zugesprochen worden ist. Der Gedanke, daß aus den Begleiterscheinungen des passiven Widerstandes die kapitalkräftigen Zechenbesitzer unverdienter Bereicherung, dagegen die eigentlichen Träger des Ruhrkampfes nach den schon gebrachten ungeheuren Opfern jeder Art jetzt auch noch den Verlust der Existenz und die Ablehnung jeder Entschädigung erfahren sollen, ist unerträglich.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sieht sich deshalb veranlaßt, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten,

1. die Ausführung der mit der Ruhrkohle-A.G. geschlossenen Vereinbarungen sofort einzustellen.

2. die Ausführung der Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924 vorläufig einzustellen und

3. dem Reichstage sofort eine Denkschrift über die Vergütung der Ruhrschäden vorzulegen, die sowohl eine vollständige Ueber-sicht über die der Ruhrindustrie seit dem 11. Januar 1923 von allen öffentlichen Stellen gewährten Kredite und Entschädigungen enthält, als auch die Materialien, die zur Begründung einer un-tereren Erachtens unbedingt erforderlichen gesetzlichen Regelung der Entschädigungsansprüche notwendig sind.

Wir halten diese Forderungen für um so berechtigter, als eine gesetzliche Grundlage für eine so weitgehende Ausdehnung dieser Entschädigungsansprüche uns nicht gegeben erscheint. Wenn aus der Reichskasse durch selbständige Entscheidung der Verwaltung so gewaltige Summen zur Auszahlung angewiesen werden könnten, würde damit jedes geordnete Budgetrecht des Reichstags illusorisch werden. Deswegen sehen wir in dem Vorgehen der Regierung eine Verletzung des Budgetrechts des Reichstags.

Angesichts der gespannten Finanzlage des Reiches, die zur erheblichen Einschränkung der sozialen Fürsorge geführt hat und der Ansprüche, die die Aufwertung der öffentlichen Anleihen und der Entschädigungen der Liquidationsgläubiger an die Reichskasse stellen, warnen wir auf das ernste vor einer Anerkennung von unberechtigten Ansprüchen der Ruhrindustriellen, die das Reich mit hunderten von Millionen Goldmark belastet. Bereits jetzt hat die Ankündigung der erheblichen Entschädigungszahlungen zu einer Hausse in Montanpapieren an der Börse geführt, die den Aktionären unberechtigte hohe Gewinne verschafft.

Die beschränkten Mittel des Reiches dürfen nicht zur Bereicherung des Großkapitals führen, sondern müssen ausschließlich zur sozialen Fürsorge der Millionen Leidenden, insbesondere der bedürftigen Opfer der Inflation und des Ruhrkampfes dienen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

beginnt die neue Etappe. In der die Arbeiterklasse zur Lage gebracht wird und in der die Reaktion versucht, den alten Obrigkeitsstaat wieder aufzurichten.

Aber dieser Staat wird nie mehr so aussehen wie der alte. Niemand kann uns das gleiche Wahrecht nehmen, denn in den Staaten, die uns umgeben, ist es heimlich geworden. Auch das Frauenwahlrecht wird die Reaktion niemals abschaffen, denn es hat ihr ja die besten Dienste geleistet. Sie wird aber versuchen, das Parlament als Ganzes zu entrichten und auszuhalten. In dem Augenblicke aber, wo der Versuch gemacht wird, den Staat der Junker und Nationalisten wieder aufzurichten, das Proletariat zu knechten und die Beamten zum alten Kadavergehörig zu zwingen, wird die Arbeiterklasse den revolutionären Kampf mit aller Kraft aufnehmen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Schmerzhaft ist die Berliner Arbeiterklasse an der Spitze der Arbeiterbewegung marschiert, bis die Spaltung sie entkräftete. Aber die letzten Wahlen haben gezeigt, daß diese Epoche der Entkräftung überwunden ist, daß sie allmählich in die Vergangenheit zurückfällt. Wenn die Arbeiterklasse ihre Stellung verteidigt, dann ist kein Zweifel daran, daß die Regierung Luther bald wieder die Arbeiterbataillone wird marschieren hören. Sie wird es hören, daß die Zeit, da die deutsche Politik von den Junkern allein gemacht wird, vorbei ist. Wir rufen ihnen zu:

**Platz frei!**

und wenn ihr nicht freiwillig geht, so werden wir es erzwingen und erzwingen. (Vanganhaltender Beifall.)

Es folgte, gleichfalls lebhaft begrüßt,

Reichstagsabgeordneter Breiffeld:

Wir Sozialdemokraten haben im wesentlichen geholfen, die deutsche Außenpolitik zu tragen. Unsere internationale Einstellung hat uns nicht gehindert, die Interessen des deutschen Volkes zu fördern. Sie hat uns im Gegenteil wesentlich dazu geholfen. Gemeinsam mit unseren sozialdemokratischen Brüdern jenseits der Grenzen haben wir unseren Einspruch gegen das Diktat von Versailles erhoben, das den Krieg abschloß, ohne den Frieden zu bringen. Aber wir haben uns nicht in tönenden Protesten gefallen, noch weniger haben wir uns beteiligt und werden wir uns niemals beteiligen an den ebenso sinnlosen und für uns gefährlichen Drohgebäuden über den Rhein hinüber, in denen unsere Nationalisten so groß sind. Wir haben nie eine Einheitsfront mit den Nationalisten hergestellt und werden es nicht tun, denn diese Leute sind nicht zu einem ehrlichen Frieden geboren. (Zustimmung.) Sie haben ihre wahren Gefühle gekennzeichnet, als sie im Landtag bei der bekannten Erklärung des Genossen Braun den Saal verließen. (Sehr richtig!) Ihre Nationalität ist stark, aber ihre Sozialisterei ist schwach. Wir haben die Erfüllungspolitik unterstützt und wir haben auch an Stresemann Seite gestanden, als er den Faden der Erfüllungspolitik weiter spann, wenn er es auch verstand, diese Politik mit nationalistischen Redensarten zu verbrämen. Diese Außenpolitik, die wir trieben, war die einzige Möglichkeit, den Weg zu einer schließlichen Verständigung zu bereiten. Wir mühten beweisen, daß die Kriegshetze nicht die Vertreter des wahren Deutschland sind. (Sehr gut!) Wir redeten und handelten im Namen der zahlreichen Millionen, die den Ausgleich und den Frieden anstrebten. Daß wir damit auf die Nationalisten im Ausland keinen Eindruck machen konnten, war klar. Sie sind ebenfalls bekehrbar wie unsere Nationalisten. Aber wir wollten auf die Arbeiterklasse des Auslandes und auf alle Kreise einwirken, die einem Zustand ein Ende machen wollen, in dem die Konflikte der Kapitalisten der verschiedenen Länder begründet sind, Konflikte, die das Proletariat mit seinem Blut und seinen Tränen büßen muß. Wir sind dafür von den Nationalisten internationale Botschafter geworden. Wir haben das Ertragen in dem Bewußtsein, daß unser Internationalismus nicht anderes ist als die

Vertretung nationaler Interessen auf breiterer Grundlage.

Wir glauben an die Gemeinschaft der Nationen, an den wahren Völkerbund. Und auf der anderen Seite verhöhnen uns noch heute die Kommunisten wegen unseres angeblichen schwachen Pazifismus. Ja, wir sind Pazifisten! (Lauter Beifall.) Nicht Pazifisten des Gefühls, sondern des Verstandes und des Willens in der Überzeugung, daß es möglich sein muß, die Gewalt in den Auseinandersetzungen der Staaten auszuschalten. (Beifall.) Diese Politik hat Erfolge erzielt. Sie trug dazu bei, daß an Stelle von Polinare Herriol tat, und nur ein Rutz wird leugnen wollen, daß das System in Frankreich sich nicht geändert habe. Diese Politik hat es mit sich gebracht, daß die politischen Streitigkeiten auf das wirtschaftliche Gebiet übergeführt worden sind. Die Dawes-Befehle stellen sicher keine sozialistische Lösung der Schwierigkeiten dar, aber sie waren die einzig denkbare Lösung. Die deutschen Nationalisten bekämpften sie und gaben schließlich ihre klägliche Zustimmung. Jetzt aber verlangen sie ihren Lohn, und die Deutsche Volkspartei des Herrn Stresemann war es, die ihnen zu ihrem Lohn verhelfen hat. Jetzt sitzen im Kabinett diejenigen, die unsere Politik geschmäht haben, die die Politik der Gewalt gepriesen haben. Die Frage ist nun, ob sie in der Regierung die Linie einhalten werden die sie in der Opposition gegangen sind. Wir wissen es nicht. Nach den Erfahrungen, die wir mit den deutschen Nationalisten gemacht haben, können wir freilich vermuten, daß sie wenigstens vorübergehend bereit sein werden, auf dem Gebiete der Außenpolitik Aufgebändnisse zu machen, um ihre Wochtpositionen im Innern um so sicherer behaupten zu können. Die nationalistiche Außenpolitik ist immer ein Mittel gewesen, die Kräfte zu mobilisieren, die für die Beherrschung der inneren Politik ausgenutzt werden sollen.

Im Auslande aber ist das Mißtrauen groß.

Herr Stresemann hat nie Vertrauen besessen.

Und seine neuen Kollegen können nicht dazu beitragen, dieses Mißtrauen auszugleichen. Im Auslande glaubt man nicht an die Befehdung der Nationalisten durch Ministerportefeuilles. Man ist auf der Hut und rüftet sich zur Abwehr. Nicht nur die friedensfreundlichen Kreise in Deutschland, nein auch die in Frankreich haben durch das Zustandekommen des Kabinetts Luther eine schwere Niederlage erlitten. Den Nationalisten im Auslande wurde Wind in die Segel gefächelt, und die deutschen Arbeiter werden es zu fühlen bekommen. Und selbst wenn das Böwengebrüll dieser nationalistischen Regierung sich in ein Wägen sanfter Stimme verwandeln sollte, wird es bestehen bleiben, daß sie eine Gefahr für den Frieden Europas sind. Schwarzweißrot sind die Farben der Verhegung.

Schwarzweißrot sind die Farben des Friedens und der Völkervereinerung. (Stürmischer Beifall.)

Nicht nur aus innerpolitischen, sondern auch aus außenpolitischen Gründen hat die Sozialdemokratie dem neuen Kabinett scharfen Einspruch und entschiedene Opposition anzulegen. Wir haben unsere Auffassung zu verteidigen, auch wenn man uns hundertmal Landesverräter und vaterlandslose Gesellen schimpft. Für euch, Arbeiter, gilt das Wort, das der Apostel Paulus den Korinthern rief: „Wacht, steht fest im Glauben, seid männlich und seid stark.“ (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Sodann ergreift das Wort, jubelnd begrüßt,

Ministerpräsident Otto Braun:

Es ist natürlich nicht meine Absicht, über die preußische Regierungshaltung eingehend zu sprechen. Als am Freitag der vorigen Woche durch das Zusammenwirken der nationalistischen und der kommunistischen Parteien (stürmischer Pfuff!) unter dem tosenden Beifall der Reaktionen die preußische Regierung gestürzt wurde (Zwischenrufe. Der Versammlungsbemächtigt sich eine ungeheure Lärmbrau, die von einer in unklaren Unterbrechung der Rede des Genossen Braun führt), legte ein Abgeordneter der kommunistischen Fraktion einen Kranz auf den Platz des preußischen Ministerpräsidenten nieder. (Anhaltender Pfuff.) Diese Handlung war symbolisch. Zum ersten Male seit Bestehen der Arbeiter-

bewegung haben wir es erlebt, daß Arbeiter einen Kranz auf das Grab legen, das sie selbst und ihrem politischen Einfluß Graben haben. Diese Arbeiter haben Nationalisten gewählt, weil sie glaubten, daß es durch deren Einfluß besser werde. Aber wir haben es kaum jemals erlebt, daß Arbeiter, die da glaubten, revolutionär zu handeln, derartige

Handschlagsarbeit für die Reaktion

verrichteten. (Stürmischer Beifall.) Es hat sich gezeigt, daß die Reaktion, mit den Kommunisten verbündet, wohl eine Regierung führen, aber keine neue aufbauen kann. Wenn die Arbeiter in ihrer Verbündung eine so große Zahl von Kommunisten gewählt haben, so ist das eine krankhafte Erscheinung, und wir müssen alles tun, daß die deutsche Arbeiterklasse von der ruffischen Krankheit befreit wird. (Zustimmung.) Gelingt das nicht, so kann sich die Reaktion weiter ins Fräusliche lachen, denn so willfährige Knechte hat sie noch nie gehabt. (Zustimmung.)

Nun steht die Reaktion vor der Frage, eine neue Regierung zu bilden. Die Deutsche Volkspartei glaubt, jetzt soweit zu sein, in Gemeinschaft mit ihren inneserwandten Parteien von rechts ihre Aufbaubarbeit durchzuführen. Aber sie wird sich täuschen. Sie versucht heute mit aller Macht, das Zentrum in dieselbe Knechtlichkeit hineinzupressen, in die sie sich hineinanderorientiert hat. Für die Republik und das Proletariat ist es entscheidend, ob es diesen Kräften gelingt, die Republik zu unterwerfen. Vorbereitungensarbeit für die Monarchie zu leisten. (Lauter Zurufe: Niemals!) Das ist davon abhängig, ob sich

die Arbeiterklasse Deutschlands ihrer historischen Mission bewußt wird, daß es darauf ankommt, die Republik zu stützen und die Demokratie sicherzustellen. Ist sich die Bevölkerung dieser Mission bewußt, so sind die Versuche der Reaktionen zum Scheitern verurteilt. Schwarzweißrot, das einmal niedergeholt ist, soll und muß niedergeholt bleiben.

Wenn die Reaktion glaubt, mit den Mitteln der Vorkriegszeit das deutsche Volk beherrschen zu können, so irrt sie sich. Das deutsche Volk ist durch die Schule des Krieges und der Nachkriegszeit gegangen. Das werden die Herren auch bald merken. Es liegt an uns, ihnen die Gewißheit beizubringen, daß es unmöglich ist, das alte Preußen wieder zum Leben zu erwecken. Wird diese Überzeugung taftkräftig beibehalten, so können wir diese Rechtschwankung mit ruhiger Gelassenheit ertragen, die Einschwenkung wird alsdann um so gründlicher und entscheidender sein. (Stürmischer Beifall.)

Unter lebhaftem Beifall ergreift sodann das Wort

Reichstagsabgeordneter Crispian:

Das Erstarken der Reaktion vollzieht sich zu einer Zeit, in der wir auch auf internationalem Gebiet vor großen Aufgaben stehen, die wir lösen müssen, wenn wir auch innenpolitisch die arbeitenden Massen stark machen wollen. Die englische Arbeiterregierung mußte zurücktreten. Ihre Wirken aber kann aus der Geschichte nicht mehr ausgespült werden. Es hat aller Welt den Beweis ertrotzt, daß, wenn wir in einzelnen Ländern Arbeiterregierungen und, wie in Frankreich, zuverlässige Linksregierungen haben, der Abdruck dauernder kriegerischer Gefahren verschwindet. Die englische Arbeiterregierung hat im Zusammenwirken mit der französischen Linksregierung auf der letzten Tagung des Völkerbundes einen großen Plan erörtert lassen, um eine Grundlag zu finden, auf der die Länder sich vereinigen können zur Abrüstung, zur Beseitigung des Krieges, zur Bewirkung friedlicher, wirtschaftlicher Beziehungen zwischen allen Völkern. Dieser Vorstoß hat Widerhall gefunden in der ganzen Welt. Und auf der letzten Tagung der Exekutive der sozialistischen Internationale haben wir beschlossen, diese große Idee der Abrüstung in allen Ländern in die Massen zu tragen, um sie auch für diesen Kampf zu gewinnen. (Beifall.) Darum ist es wichtig, daß das Proletariat in Deutschland dafür sorgt, daß die reaktionäre Periode zu einer kurzen Episode gemacht wird. (Beifall.) Wir müssen auch in Deutschland in allen Schichten der Bevölkerung den Gehörten wecken, daß wir nicht dahin zu streben haben aus Deutschland wiederum eine wirtschaftliche Wüste zu machen. Wir haben vielmehr die Aufgabe, dafür zu wirken, daß die Staaten, die stärker gerüstet sind als wir, abstrafen. (Beifall.)

In diesen Tagen ist ein Buch des Völkerbundes erschienen, in dem berichtet wird, daß gegenwärtig 54 Millionen Männer unter Waffen stehen, und daß mehr als das Doppelte in den Krieg geschickt werden kann. Darum wollen wir überall den Gedanken der friedlichen Arbeit der Völker propagieren. Das Genfer Protokoll verlangt, daß alle Staaten sich zusammensetzen sollen zu einem Vertrag, demzufolge sie gemeinsam vorgehen sollen gegen jeden Staat, der den Krieg gegen andere Länder proklamiert. Zum ersten Male wurde erklärt, daß es nicht nur darauf ankommt, auf Friedens- und anderen Konferenzen Kriege einzuschränken, die Vorkriegszeit zu humanisieren, zum ersten Male wird der Krieg moralisch als kulturlös und barbarisch geburdamarkt.

Die deutschen Reaktionen und ihre Regierungsmänner haben Scheingründe, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und damit seine Erweiterung zu hindern. Es ist unsere Aufgabe, die Regierung zu zwingen, den Anschluß an den Völkerbund durchzuführen oder abzutreten und den Kräfte Platz zu machen, die für die Wohlfahrt der Menschheit arbeiten wollen.

Genosse Crispian schildert nun den Stand der Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands zum Ausland. Erst mit 6 von 50 Staaten haben wir wieder überhaupt gewisse Handelsverträge. Die Schwerindustrie haben und drüben versteht es wohl, sich über ihre Interessen auf Seiten der Völker zu einigen. Diese Riesenzugung zeigt, daß wir da sind, steht auch unsere Brüder im Ausland, daß wir gemeinsam mit ihnen kämpfen wollen. An dieser ersten Front wird die Reaktion zerschellen. (Stürmischer Beifall.)

Paul Covi

mit Beifall und einigen kommunistischen Zwischenrufen empfangen, spricht zuerst von den Opfern der Klassenjustiz. Daraus zu sprechen, ist nicht richtig, denn dieselbe Macht, die tödliche Arbeiter mißbraucht, hier unsere Kundgebung stören zu wollen, die treibt die Arbeiter vor das Schwert der Klassenjustiz. Die Justiz kann auch mild sein — wo ist die Sühne für all die fetigen Morde der letzten Jahre? (Lebhafte Zustimmung.) Und die Parteifreunde dieser Mörder schämen sich nun an, zu registrieren und zu verwalten. Mit der Justiz will man der Kampf der Arbeiterklasse hemmen. Von Kriegsgeschäft ist viel die Rede.

Von gewissen reaktionären, öffentlichen und geheimen Organisationen darf keiner reden.

Das Zuchthaus riskiert, wer von dieser schwersten Gefahr für Deutschland reden will. Die Reaktion glaubt ihr Spiel schon gewonnen. Gemacht! Wir haben in diesen sechs Jahren freilich verfallen, so manches Rest der Gegenrevolution auszubrennen. Aber die soziale Revolution der Arbeiter ruft ihren Feinden zu: „Ich war, ich bin, ich werde sein!“ (Brausender Beifall.)

Heermann Müller

— herzlich begrüßt — führt aus: Der schärfste Klassenkampf von oben ist dem Gerede von der Volksgemeinschaft gefolgt; sein Ziel ist die Rückkehr zum alten preußischen Mißshandlungsstaat. Dazu brauchen sie auch Preußen, um den Reichsrat zu beherrschen. Ein reaktionäres Preußen soll mit Bayern, mit dem Württemberg, dem Bürgerblock Thüringen und dem Grafen-Mecklenburg zusammengehen. Soweit konnte es aber nur kommen, weil viele Mittelständler immer noch nicht begriffen haben, daß die Ursache ihrer Not der Krieg und ist jene Politik, die zum Krieg geführt hat. (Lebhafte Zustimmung.) Zwei Millionen Deutsche liegen in fremder Erde. Da man nicht rufen kann: César, gib uns unsere Regionen wieder, so sagen diese Mittelständler: Kaiser, gib uns unser Vermögen wieder! (Hellerkeit.) Wegen dieser Geistesverwirrung hat am 7. Dezember Schwarz-Weiß-Rot nicht gefiegt, aber doch nicht die verdiente Niederlage erlitten. Nun, der Tag wird kommen, an

dem die proletarischen Mittelständler spüren werden, daß sie betrogen sind, im Aufwertungsausschuss sind die Anzeichen dafür schon zu sehen. Die vielen Beamten, die sich nach dem Obrigkeitsstaat zurückziehen, werden warten können, bis die Rechtsregierung das schreiende Besetzungsrecht vom letzten Frühjahr wieder gut macht; auch sie werden die Betrogenen sein. Die Kriegsbeschädigten, die der Rechten nachgeschaltet sind, werden warten können, bis die Beresprechungen eingeleitet werden, die die Rechtsparteien ihnen gemacht haben. Vielleicht wird diese Rechtsregierung die Offizierspensionen erhöhen (Sehr wahr!) aber die Massen werden dabei leer ausgehen und auch sie werden einsehen, wie sie hintergangen sind.

Wir haben jetzt eine Politik zu treiben, die uns diese Massen aufnehmen läßt, sobald sie ihre Klassenlage begriffen haben.

Und weil die Rechte wahr, daß sie die belogenen und betrogenen Wähler enttäuschen muß, deshalb haben wir seit Monaten und Wochen diesen Bakrieg gegen die Sozialdemokratie. (Weiterkeit und Zustimmung.) Deshalb der Verteufelungsfeldzug, in dem täglich neues Gift gegen uns ausgepumpt wird. Auch eine andere Gefahr droht: Schon einmal in der Geschichte hat man erlebt, zur Zeit des großen Napoleon, daß eine Regierung, die im Innern die Massen nicht befriedigen konnte, schließlich außenpolitische Abenteuer zu machen versuchte. Wir müssen auf der Hut sein, daß solche Abenteuer verhindert werden. Unser höchstes Gebot muß Wachsamkeit sein. Wir haben daran zu denken, die revolutionären Errungenschaften, die uns noch geblieben sind, zu erhalten. Die Massen müssen die volle Gleichberechtigung auf politischem Gebiet ertämpfen, denn

nur in einem demokratischen Deutschland kann die Führerauslese gefunden werden.

von der auch große bürgerliche Demokraten, wie der ermordete Walter Rathenau im Kriege schon gesprochen haben. Wir haben dafür zu sorgen, daß der Weg nach oben der Masse Mensch auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet eröffnet wird. Wir leben jetzt die Rechte in der Regierung. Wir sehen dort laue Republikaner mit Monarchisten zusammen eine Regierung bilden. Wenn wir oben ein solches Schauspiel erleben, dann haben wir unten zu zeigen, daß wir da sind. (Stürmischer Beifall.) Die deutsche Republik ist nicht umzubringen, wenn wir auf dem Posten sind, und wir wollen bereit sein, wir müssen zu ihrer Verteidigung bereit sein, weil nur auf dem Boden einer demokratischen Republik der Sozialismus reifen kann, dessen Lehrmeister Marx und Engels, Bebel und Liebknecht für uns gewesen sind. Deshalb wollen wir uns das Versprechen geben, daß wir in Bewegung bleiben, und zum Zeichen dessen rufen wir:

Es lebe die deutsche Republik, es lebe die Völkervereinigung, es lebe der deutsche, es lebe der internationale Sozialismus.

Die ungeheure Versammlung erhebt sich, stimmt begeistert in das dreifache Hoch ein und singt die Internationale. Als der Rauschchor verklungen ist, und die tausende Teilnehmer sich in Bewegung setzen um die riesige Halle zu verlassen, hört man einige störende Rufe, wie schon öfter an diesem Abend, sie werden aber von den Nachbarn der Rufe und von Reichsbannerleuten rasch zum Schweigen gebracht.

Inzwischen hatten Lobe, Ludwig, Otto Meier und Lilla vor der Halle zu vielen Tausenden gesprochen, die keinen Einlass mehr hatten finden können.

Draußen auf der Straße, wo sich die Tausende natürlich nur langsam zerstreuen können, hört man noch abwechselnd Hoch- und Niederrufe. Der erhebende Eindruck der gewaltigen Manifestation bleibt unberührt in den Gemütern haften.

## Antwort der Reichsregierung.

Auf die letzte Entwaffnungsnote.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Kollektionnote in der Räumungsfrage ist gestern vormittag den alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:

„Herr Botschafter!

In der dem Herrn Reichslangier am 26. Januar überreichten Note erklären die Alliierten Regierungen, daß sie einwilligen nicht die Völkerei haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Entscheidung sie die Räumung jener Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie, ebenso wie früher, mögliche Beschleunigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung eine Vertagung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzuhalten und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzung für die freigestellte Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den Alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwägung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die Alliierten Regierungen halten die Deutsche Regierung, die auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefassten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrages beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die Alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhaltes die schwerwiegendsten Folgerungen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der Deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten.

Die Deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Vertagung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeschlagen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestritt nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind.

Die Tatsache der völligen Entwaffnung Deutschlands ist zu offenkundig, als daß die Alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragsmäßigen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten.

Die Alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgesehene stufenweise Räumung eine von ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind als die Bestimmungen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbaren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die Deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die Alliierten Regierungen die Mitteilung des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzung für eine Verständigung über die Beilegung des entscheidenden Konflikts schaffen.

Genehmigen Sie... usw...“

# Das Schutzzoll-Komplott.

## Schwerindustrie und Verarbeitungsindustrie für Eisenzölle

Wir berichteten bereits über das von der französischen Presse veröffentlichte Protokoll, das zwischen Vertretern der Schwerindustrie und der eisenverarbeitenden Industrie vereinbart wurde und das einen gemeinsamen Kampf dieser Gewerbe für den Hochschutzzoll ankündigt. Von amtlicher deutscher Seite wird dieser Versuch, die Eisenzölle durchzusetzen, als eine Abwehr der französischen Weigerung hingestellt, Frankreichs Markt der deutschen eisenverarbeitenden Industrie zu öffnen. Tatsächlich liegen die Dinge anders.

Die Schwerindustrie hat schon längst ihre Handelsvertragsverhandlungen über die Hochschutzzollforderungen angemeldet und damals einen Widerstand bei den eisenverarbeitenden Industrien gefunden, der erst jetzt durch die deutsch-französischen Schwierigkeiten gebrochen worden ist. Es ist kein Wunder, daß an dieser Verabredung lediglich die Großindustrie beteiligt ist. Denn selbst die vorgesehenen Rückvergütungen des Zolles bei der Ausfuhr können die schädliche Begleitwirkung des Eisenzolles nicht verhindern, die Schwächung des inländischen Marktes für alle Waren, die aus Eisen hergestellt werden, und die Gefährdung der kleinen und Mittelbetriebe, die aus der Exportvergütung keinen Nutzen ziehen können. Die Eisenzölle werden für die deutsche Industrie zum ständig wachsenden Gefahr, wenn die immer wieder wiederholten, aber auch wiederholt wieder ausgenommenen Verhandlungen über das internationale Eisensyndikat doch noch einmal zum Ziele führen sollten. In diesem Falle wäre dann der deutsche Markt vollkommen dem Monopol der internationalen Schwerindustrie preisgegeben. Abhängigkeiten in den weiten Zweigen der Metallindustrie und damit Arbeitslosigkeit wäre die unermessliche Folge.

Die Eisenverarbeiter, die hier zu dem nun schon fast am bekanntesten Hauptzeug der Schwerindustrie ihre Hand gegeben haben, scheinen sich der ganzen Tragweite ihrer Handlung nicht bewußt zu sein. Dieselben Leute, die nicht oft genug darüber klagen konnten, daß ihre Produktion durch hohe Löhne veräuert wird, haben in Paris einer künstlichen Verteuerung ihrer Rohstoffe zugestimmt, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Der Schwerindustrie aber ist es gelungen, große Kreise der industriellen Verarbeiter auf ihre Seite zu ziehen und damit ihr seit jeher veraltetes Hochschutzzollprogramm seiner Erfüllung näherzubringen. Sie haben es unter dem Druck der deutsch-französischen Schwierigkeiten getan, wie sie noch nie davor zurückgeschreckt sind, eine schwierige außenpolitische Lage des Reiches ihrem privaten Vorteil nach zu machen. Es ist selbstverständlich, daß der neue Anschlag auf die Volkswirtschaft im Parlament von der Sozialdemokratie auf das Schärfste bekämpft werden wird.

## Trendelenburg wird nach Berlin berufen.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Kabinettsitzung standen verschiedene Fragen der schwedischen Handelsvertragsverhandlungen. Das Kabinett beschloß den Vorsitzenden der deutschen Delegation, Dr. Trendelenburg, zur Berichterstattung nach Berlin zu berufen.

## Die verschluckten Wahlmillionen.

### Erst lügen, dann kneifen.

Der größte kommunistische Wahlschwindel, die Lüge der „Roten“, was habe zu den Wählern aus der Reichstagsliste drei Millionen Mark zur Wahlpropaganda für unsere Partei erhalten, hat ein unheimliches Ende gefunden.

Bekanntlich hatte Genosse Wels sofort nach Kenntnisnahme der Falschheit der „Roten Fahne“ gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Straßmann bei der Staatsanwaltschaft geklagt. Über ein Jahr, indem er behauptete, sein Name als Verantwortlicher hätte zu Unrecht noch unter der Infrimierung Nummer gestanden, in Wirklichkeit sei er schon aus der Redaktion ausgeschieden gewesen. Was dann ein von Dörr an Wels gerichteter de- und mehrwütiger Brief in unserer Parteipresse veröffentlicht wurde, in dem er sich sogar zu einer Erklärung bereitstand und selbst bezweifelte, daß der Nachweis für diesen größten aller kommunistischen Schwindel zu erbringen sei, wurde ihm von der kommunistischen Zentrale eingeschickt, so daß er mutig erklären mußte, die volle presserechtliche Verantwortung für alle jene Artikel der „Roten Fahne“, die während seiner Abwesenheit erschienen sind und die sich mit der Korruption und Käuflichkeit der SPD. befassen, zu übernehmen und bei jeder daraufhin angelegten Klage die „Rote Fahne“ vor Gericht zu vertreten.

Diese Courage hat nicht lange gedauert. Sie diente nur noch zur Auffrischung des Wahlschwindels für die Dezemberwahl, um bei den Wählern den Eindruck zu erwecken, als könnten die Kommunistenhauptlinge für ihre blöde Behauptung doch noch den Beweis erbringen. Sie haben gar nicht die Absicht.

Der Generalstaatsanwalt hat nämlich jetzt den Bescheid erteilt, daß Herr Dörr nicht zu fassen ist. Seine Erklärung, daß er die Verantwortung für alle jene Artikel übernimmt, die während seiner Abwesenheit in der Redaktion erschienen sind, ist so rabulistisch, daß auch daraufhin Herr Dörr nicht bezuhalten ist. Einer erneuten Vernehmung hierüber aber — sagt der Staatsanwalt — hat sich der Beschuldigte fortgesetzt zu entziehen gesucht. Die Strafverfolgung gegen sonstige Personen, die an seiner Stelle als Täter in Frage kommen, ist verjährt.

Das haben die kommunistischen Helden kein gehoben! Die Infamie mit diesem Schwindel haben sie für beide Wahlen benutzt, nun haben sie kein Interesse mehr an der von ihnen vorher so heiß begehrten Feststellung der Wahrheit.

## Deutsch-belgische Wirtschaftsverhandlungen

In den Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien hat Deutschland Belgien gleich zu Beginn die gegenseitige Meißbegünstigung vorgeschlagen. Belgien machte gewisse Vorbehalte. Man ließ also die grundsätzlichen Fragen zunächst beiseite und ging an die praktische Arbeit der Durchberatung der Postulaten. Das geschah in einer Kommission in wochenlangem Arbeit und, wie von deutscher amtlicher Seite betont wird, mit vorbildlicher Sachlichkeit und Verhandlungsbereitschaft von beiden Seiten. Es wurden da gegenseitig Zugeständnisse gemacht, von deutscher Seite aber nur unter der Voraussetzung, daß man sich schließlich auf die Meißbegünstigung einigen werde, die mindestens nach einer kurzen Uebergangszeit ohne jede Ausnahme in Kraft treten solle. Wenn die französische Presse behauptet, daß Deutschland Belgien nicht die Meißbegünstigung gewähren wolle, so heißt das, die Tatsachen einfach auf den Kopf stellen, denn die Verhandlungen hatten damit begonnen, daß Deutschland die Meißbegünstigung anbot.

# Entlarvter Schwindel.

## Deutschnationale Aufwertungsdemagogie am Pranger.

Der Aufwertungsausschuss des Reichstags setzte gestern die am 21. Januar abgedrohte Beratung des deutsch-nationalen Antrages auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember 1924 betrie. die Aufwertungsfrage fort. Namens des Reichskabinetts verlas Justizminister Dr. Frenken eine Erklärung, in der er den Erlaß jener Verordnung zu rechtfertigen versuchte. Die Regierung habe mit der Verordnung, die aus der Erschütterung der Rechtsgrundlagen der 3. Steuerverordnung hervorgegangenen schweren Gefahren für die Öffentlichkeit durch eine Notverordnung aus Artikel 48 der Reichsverfassung abzuwenden gesucht. Es handele sich nur um eine einstweilige Regelung. Die endgültige Regelung des Aufwertungsproblems könne nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden. Eine Regierungsvorlage zur Ergänzung der 3. Steuerverordnung sei in Vorbereitung. Ihre Einbringung bei den gesetzgeberischen Körperschaften könne für nahe Zeit in Aussicht gestellt werden.

Aus dem Verlauf der Diskussion, die sich an diese Erklärung knüpfte, ergab sich, daß die Deutschnationalen nach einem Ausweg suchten, der ihnen eine Entscheidung über ihren eigenen Antrag ersparte. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Best war allerdings nicht sofort im Bilde und wandte sich gegen die Regierungserklärung. Artikel 48 sei keine Grundlage für den Erlaß einer solchen Verordnung. Auf diesem Wege könne ja sonst in das gesamte Gebiet der Gesetzgebung eingegriffen werden. Das sei mit den Grundlagen des Rechtsstaates nicht vereinbar. Die Berücksichtigung müsse geben, daß der Reichstag damit nicht einverstanden sei.

Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium bemühte sich, die Ausführungen von Dr. Best zu widerlegen und versprach, daß die Regierung alles tun werde, um die Lösung der Aufwertungsfrage zu beschleunigen. Es habe sich aber ergeben, daß die Ansichten der Länderregierungen und selbst innerhalb der einzelnen Länderregierungen sehr weit auseinandergehen. Im Reichrat sei mit Schwierigkeiten zu rechnen. Es werde sich daher noch um einige Wochen handeln, bis eine Klärung erzielt sei. Bis dahin könnten die Abgeordneten das gewaltige Material der Referentenentwürfe, die in der Sitzung verteilt wurde, studieren.

Abgeordneter Kell (Soz.) stimmte dem Abgeordneten Best darin vollkommen zu, daß Artikel 48 hier zu Unrecht angewandt worden sei. Bei Schaffung dieses Artikels in der Nationalversammlung habe kein Mitglied an eine solche Anwendung gedacht. Dr. Preuß, der eigentliche Schöpfer der Weimarer Verfassung, bezeichne die Verordnung vom 4. Dezember als „juristisch am ungeheuerlichsten“. Schon um der möglichen Konsequenzen willen, die sich daraus für die Zukunft ergeben könnten, stimme die Sozialdemokratie dem deutschnationalen Aufwertungsantrag zu. Sollte aus rechtlichen oder aus wirtschaftlichen Gründen eine Zwischenregelung bis zur endgültigen Lösung des Aufwertungsproblems abnotwendig sein, so möge die Regierung im Wege der ordentlichen Gesetzgebung ein neues Gesetz schaffen, das an die Stelle der Verordnung trete.

Die nächsten deutschnationalen Redner Dr. Steiniger und Dr. Hergt erwogen darauf die Frage, ob eine Aussetzung der Entscheidung über ihren Antrag möglich sei. Staatssekretär Joel ludte ihnen das Ausweichen zu erleichtern mit der Erklärung, daß der neue Gesetzentwurf im Justizministerium in drei bis vier Wochen fertiggestellt sein werde.

Auch Finanzminister v. Schlieben versprach, alles zu tun, um „so schnell wie möglich“

mit der Vorlage vor den Reichstag zu kommen. In der Frage der Aufwertung der öffentlichen Kassen müsse man einen Mittelweg zwischen Devisen- und allgemeinem Interesse suchen. In erster Linie seien diejenigen zu berücksichtigen, die in der Zeit der Not dem Vaterlande Opfer gebracht haben, und unter ihnen wieder zuerst die Bedürftigen. Ausgeschlossen müsse sein, daß die Spekulation von der Aufwertung Vorteil ziehe.

Der Volksparteiler Dr. Wunderlich freute sich, daß Schlieben im Gegensatz zu Dr. Luther, der nur finanzielle Gründe kenne, auch ethische und moralische Gesichtspunkte anerkenne. Dr. Schetter (Z.) lehnte die Aufhebung der Notverordnung ab. Dr. Dietrich (Dem.) stimmt der Aufhebung zu und überläßt es der Regierung, die Rechtsunsicherheit, die sich daraus etwa ergeben sollte, zu beseitigen.

Auf Anfrage aus der Mitte des Ausschusses teilte Geheimrat Norden mit, daß die Verhandlungen mit den Banken, die zurzeit im Finanzministerium geführt werden, nur die technische Frage der Unterscheidung von altem und neuem Anleihebesitz betreffen.

Kell (Soz.): Die Gründe, die uns bestimmen, dafür einzutreten, daß heute der deutschnationale Antrag angenommen wird, sind nicht widerlegt. Es wird noch geraume Zeit dauern, bis eine Reuregelung zustande kommt. Daher muß durch Aufhebung der Notverordnung ein Druck hinter die Regierung

gesetzt werden. Nicht zwischen Luther und Schlieben, sondern zwischen dem Schlieben von heute und dem Schlieben vor 4 Monaten besteht ein Unterschied. Im September erklärte v. Schlieben im Ausschuss, die Kriegsanleihe aufzuwerten sei „eine absolute Unmöglichkeit, da keinerlei Mittel dafür zu schaffen seien. Es komme weder eine Aufwertung ganz allgemein noch für bevorzugte Klassen in Frage“. Große Meinungsverschiedenheiten werde die Devaluationsfrage hervorzurufen, in der die Sozialdemokratie fordere, daß die Volkstreuhe, die in der Zeit der allgemeinen Verarmung ihr Vermögen gerettet oder vermehrt haben, die Opfer tragen.

Kell (Soz.) hält den Deutschnationalen ihre Verschleppungsabsicht vor. Dr. Best (Dnat.) führt in der Rede die nachfolgenden Redner der Rechtsparteien auf diesen Vorschlag, von dem der Demokrat Dietrich sagt, daß er die Rechtslage nur total zu verwirren geeignet sei.

Es wird eine Pause gemacht, in der die Vertreter der Rechten eine Resolution abfassen, die in zwei Variationen dem Ausschuss unterbreitet wird. Die eine ist unterzeichnet von Dr. Schetter (Z.), Dr. Wunderlich und Frau Dr. May (D. Sp.), die andere von Hergt (Dnat.). Diese Resolution fordert von der Regierung die Fortsetzung eines Gesetzentwurfes, durch den vorgezogen wird, daß die bei den Aufwertungsstellen oder ordentlichen Gerichten anhängigen Verfahren über Aufwertungsstreitigkeiten auf Antrag eines Beteiligten bis zur gesetzlichen Reuregelung der Aufwertung ausgesetzt werden.

Kell (Soz.): Wenn man aus einer Verlegenheit keinen Ausweg weiß, setzt man entweder einen Untersuchungsausschuss ein oder beantragt eine Resolution. Mit dem Untersuchungsausschuss hat man sich im vorigen Reichstag um allen Kredit gebracht. Jetzt versucht man es mit der Resolution. Sie soll dazu dienen, dem deutschnationalen Antrag, der den Antragstellern unbedeutend ist, weil er eine sichere Mehrheit hat, ein Begräbnis zu bereiten. Das machen wir nicht mit. Wir sind aus staatsrechtlichen und sachlichen Gründen für die Aufhebung der Notverordnung und wünschen die Entscheidung über den deutschnationalen Antrag in der heutigen Sitzung. Wird der Resolution entsprochen, so bedeute das nur eine negative Lösung. Das Verfahren in den Aufwertungsstellen wird stillgelegt. Nicht einmal eine Frist sieht der Antrag vor. Wenn schon dieser Ausweg gewählt werden will, so müßte die Zwischenregelung mindestens bis zum 1. März d. J. befristet werden.

Da die Deutschnationalen eine Abstimmung über ihren Hauptantrag zu verhindern suchen, entsteht eine heftige Geschäftsordnungsdebatte, in der Dr. Hiltbrand und Dr. Hergt, ebenso wie Dietrich (Dem.) und Stöcker (R.) mit allem Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß nach der Geschäftsordnung zuerst über den deutschnationalen Hauptantrag abzustimmen sei. Jedes andere Verfahren sei ein Randverbot, um einer Entscheidung über den deutschnationalen Antrag aus dem Wege zu gehen. Hergt (Dnat.), Wunderlich (D. Sp.) und Emminger (W. Sp.) fordern zuerst Abstimmung über die Entschädigung und im Falle der Annahme derselben Vertagung des Ausschusses.

Im Wege der Abstimmung führt Vorsitzender Dr. Steiniger einen Mehrheitsbeschluss mit 15 gegen 18 Stimmen in dem Sinne herbei, daß zuerst über die Resolution abgestimmt wird. Hierauf erklärt Dr. Hergt, daß die Sozialdemokraten sich an der Abstimmung nicht weiter beteiligen werde. Die Mehrheitspartei — 15 von im ganzen 26 Stimmen — erklären sich hierauf für die Entschädigung Hergt, die damit als angenommen erklärt wird. Auf Anfrage des Reichsfinanzministers erklärte der Antragsteller Hergt, daß mit seiner Entschädigung der künftigen materiellen Aufwertungsfrage nicht vorgegriffen werden soll.

Diese Ausschüßverhandlung ist für die Gläubiger und Sparer, die den Deutschnationalen ins Garn gegangen sind, äußerst lehrreich. Sie zeigt, daß die Deutschnationalen ihre Aufwertungsanträge nur als Schauerstücke betrachten, mit denen der Öffentlichkeit Sand in die Augen gestreut werden soll. Besteht die „Gefahr“, daß ihre Anträge angenommen werden, so lassen die Antragsteller sie selbst im Stich und greifen zu Verlegenheitsmaßnahmen ihre Zuflucht. Die deutschnationale Aufwertungsdemagogie konnte nicht wirksamer entlarvt werden, als es durch das Verhalten der deutschnationalen Vertreter im Aufwertungsausschuss geschehen ist.

## Auswärtige Debatte in der Pariser Kammer

Seit einigen Tagen ist eine Aussprache über die auswärtige Politik Frankreichs aus Anlaß der Beratung des Etats des Ministeriums des Auswärtigen in der Deputiertenkammer im Gange. Neben der Frage der Entwaffnung Deutschlands und der Beziehungen zu Sowjetrußland spielt die Frage der Abschaffung der Volkswahl beim Päpstlichen Stuhl die Hauptrolle. Daburch erhielt diese Debatte, insbesondere am gestrigen Tage, einen ausgesprochen innerpolitischen Anstrich. Hergt hat im Gegensatz zu der Wohnung Briande seine Absicht nicht aufgegeben, die Volkswahl abzuschaffen. Dennoch dürfte seine Stellung nicht gefährdet sein. Er hat allerdings das Zugeständnis gemacht, einen Verbindungsmann beim Vatikan für die essentialen Kulturfragen in der Person Wetterlés beizubehalten.

## England will nicht räumen.

### Erst nach Erfüllung.

London, 27. Januar. (W.B.) Wie das Reutersche Bureau erklärt, ist es erwünscht, die Nachricht, daß Großbritannien eine Räumung der Adner Zone erwäge, nachdrücklich zu demontieren. Hinsichtlich der Gerüchte über Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien in dieser Frage muß erneut festgestellt werden, daß diese Frage nicht Großbritannien allein angeht, sondern eine internationalisierte Angelegenheit ist. Die britischen Truppen in dieser Zone sind dort nur als ein Teil der Besatzungsarmee. Die gestern Deutschland überreichte Note macht es völlig klar, daß die Räumung der Adner Zone nichts unternommen werden, bis Deutschland die Bestimmungen des Versailles Vertrags erfüllt hat. Wenn dies geschehen ist, wird die Räumung automatisch folgen.

Jugoslawischer „Schuß“ der Minderheiten. Der deutsche Abgeordnete und Vorkämpfer in dem Wahlbezirk Danat, Herr Dr. Keuner, wurde verhaftet, weil er seine Agitationsrede in deutscher Sprache gehalten hatte!

## Saschistische Frechheit.

### Italienischer Druck auf die Schweiz.

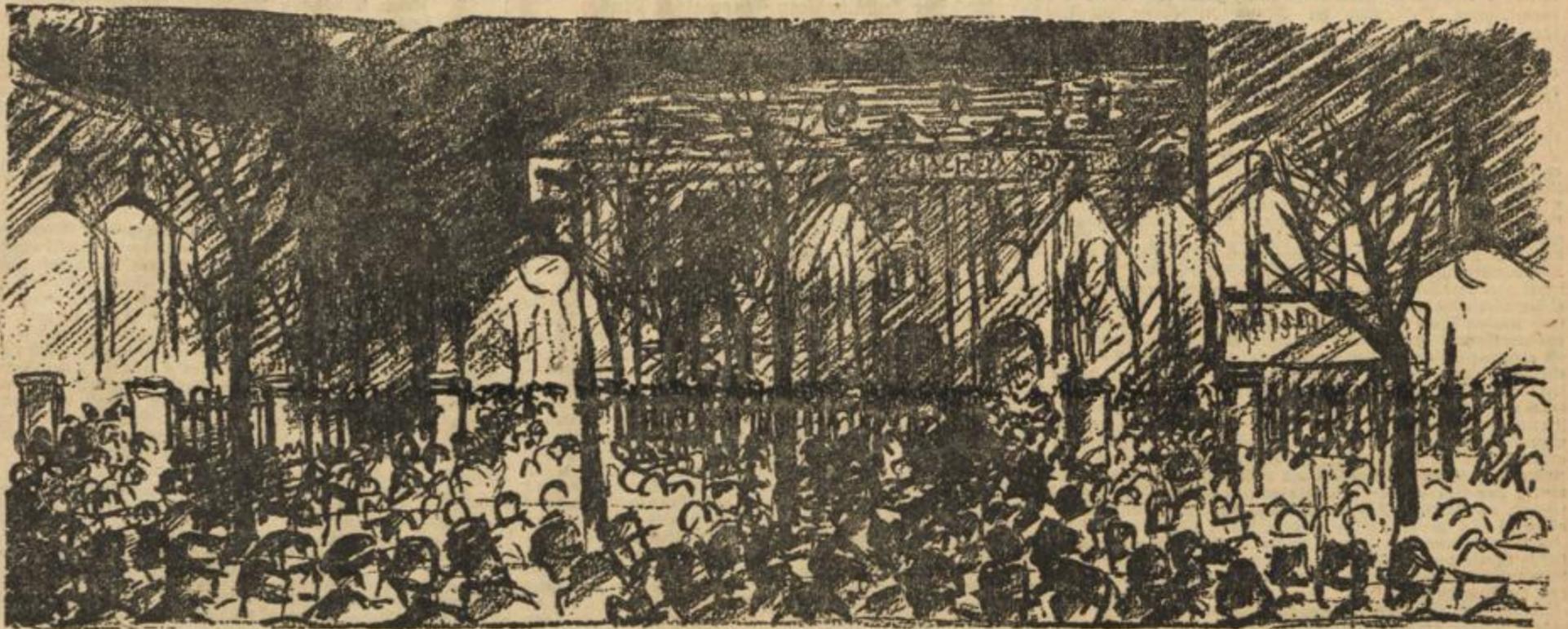
Genf, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Genfer „Tribune“ meldet, daß der italienische Gesandte in Bern neue Schritte beim Bundesrat unternommen hat, um diesen zum Einschreiten gegen Schweizer Blätter zu veranlassen, deren Kritik an den innerpolitischen Zuständen in Italien den Faschisten unangenehm ist. Gleichzeitig versucht die italienische Regierung vom Bundesrat Ausweitungsbefehle gegen italienische Flüchtlinge in der Schweiz zu erlangen unter dem Vorwande, daß sie Pläne gegen den Faschismus schmiedeten. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen steht eine von den italienischen Behörden durchgeführte Briefzensur an der italienisch-schweizerischen Grenze, durch die die gesamte Korrespondenz mit den Führern der italienischen Opposition und ebenso mit den maßgebenden Schweizer Blättern willkürlich beschlagnahmt wird. Die italienische Regierung behauptet natürlich offiziell, daß ihr von diesen Zensurmaßnahmen nichts bekannt sei.

Rom, 27. Januar. (Eca.) Die letzte Nummer des „Nuovo Quotidiano“, in der die Zeitung die Einstellung des Erscheinens bis zur Wiederherstellung der Pressefreiheit ankündigte, wurde beschlagnahmt.

## Sunjatsen gestorben.

London, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der sibirischen Republik, Dr. Sunjatsen ist am Leberkrebs gestorben. Die Operation hat die hoffnungslos schwere Krankheit nicht beseitigen können. Mit ihm ist einer der tüchtigsten Staatsmänner des modernen China und der rastlose Vorkämpfer für die wirtschaftliche und verkehrstechnische Ausschließung des chinesischen Reiches und seiner Bodenschätze aus dem Leben geschieden. Sunjatsen hatte u. a. als erster ein vollkommenes System chinesischer Verkehrsanlagen durch Hafendbauten, Schiffahrtskanäle, Stromregulierungen und Eisenbahnen für das ganze chinesische Reich entworfen. Zuletzt hatte er eine politische Annäherung an Sowjetrußland vollzogen.





## Volkstag im Sportpalast.

Am Abend des 27. Januar gab's im vorrevolutionären Berlin ein größeres Leben und Treiben auf den Straßen Berlins als sonst. Hohe Beamte und Würdenträger des Reiches in goldbestickten Uniformen mit Dreispitz und Galanteriebedegen eilten zum Festmahl zu Ehren des Geburtstages von S. M. Offiziere mit großen Federbüscheln auf den Helmen stützten über die Straßen, und Soldaten suchten sich eine Tänzerin für den Kaiser-Geburtstagsball. Ein Teil des Bürgertums aber schwärmte, vorausgesetzt, daß das Wetter gut war, auf den Straßen, um sich die Ausschmückung der Häuser zu betrachten und die Illumination. Diese Begeisterung des 27. Januar früherer Jahre war zum allergrößten Teil hoch und brüchig und aufs Neugierische gerichtet. Die Masse der Menschen aber, die gestern, auch an einem Abend des 27. Januar, an der Kundgebung von gigantischer Größe der Sozialdemokratischen Partei im Sportpalast teilnahm, war anderen Schlags. In ihr glühte das heilige Feuer der Begeisterung für die Republik, für Freiheit und Völkerverehrung.

### Der Aufmarsch der Versammlungsteilnehmer.

Bald nach 5 Uhr — auf 7 Uhr war der Anfang der Demonstration im Sportpalast festgesetzt — bekam der westliche Teil der Potsdamer Straße ein anderes Aussehen. Reichsbannerleute rüdten an, zum Teil in geschlossener Formation, zum Teil einzeln, und suchten an den beiden Portalen des Vorgartengitters sowie an den Eingängen zum Saal Besten. Und nun strömte es immer härter und mächtiger von allen Seiten und in vollen Fluten dem Saalbau zu. Jeder Straßenbahnwagen, jeder Autobus, jeder Zug der Hochbahn brachte neue Besucher des Sportpalastes, und eilig machte sich jeder auf den Weg, um in den Saal hinein und auf einen noch möglichst guten Platz zu kommen. Nach 6 Uhr aber war die Potsdamer Straße von der Bülowstraße an wie ein einziger breiter Menschenstrom. Neugierige blicben stehen, Schaulustige sammelten sich an. Immer lauter, immer lebhafter wurde das Treiben auf den Straßen, und als dann — um 7 Uhr etwa — lauter Gesang ertönte, öffneten sich viele Fenster in der Potsdamer Straße, drängten sich die Menschen auf die Balkone und schauten auf die Kundgebung.

In geschlossenem Zuge, mit vielen Fahnen, Fähnchen und Bannern kam die Arbeiterjugend angedrückt. Frisch und lustig erkundete die Internationale aus blauen Keulen. Verschiedene Abteilungen der Partei aus Schöneberg, aus Wilmersdorf, ja selbst aus Charlottenburg, waren in geschlossenem Zuge gekommen mit ihren Fahnen und Bannern. Auch das Reichsbanner rückte in verschiedenen Formationen geschlossen an. Die schwarzrotgoldenen Fahnen flatterten in der klaren kalten Winterluft, und die Reichsbannerleute sangen auf dem Marsch zum Sportpalast republikanische und Freiheitstlieder.

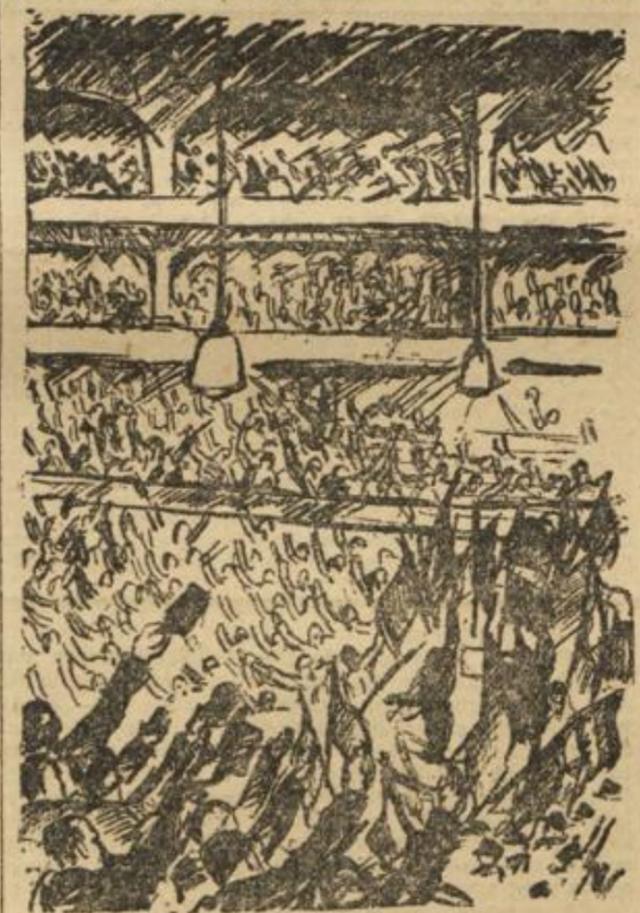
Kurz vor 7 Uhr jedoch bis etwa 7/8 Uhr war der größte Andrang der Besucher. Arbeiter und Arbeiterinnen kommen ja erst spät von der Arbeit, und bevor sie von ihnen meist weit vom Sportpalast entfernt liegenden Wohnungen in der Potsdamer Straße angelangt sind, wird es naturgemäß spät. Um 7/8 Uhr etwa war das weite Rund des Saales gefüllt. Nun wurden die Tore an der Seite des Sportpalastes geöffnet, die Besucher strömten über die Treppen hinauf zu den Galerien, wo man bereits in drangvoller Hürdenförmiger Enge stand. Um 7 Uhr verkündeten Reichsbannerleute im Garten, daß niemand mehr hineingelassen werden könne. Aber immer mehr Besucher waren in vollen schwarzen Scharen herbeigeströmt, immer neue Abteilungen des Reichsbanners kamen anmarschiert, und gegen 7/8 Uhr war auch der große Vorgarten vor dem Sportpalastgebäude voll von Menschen, die dicht bei dicht und Kopf an Kopf standen. Und nun nutzte der Sportpalast an wie eine Insel, umbraut von einem Meer von Menschen.

### Die Disziplin der Massen.

Trotz des gewaltigen Andranges, der — wie gesagt — namentlich kurz vor und kurz nach 7 Uhr zum Teil von bedrückender Größe war, ging alles in bester Ordnung und Ruhe vor sich. Reichsbannerleute, die an den Türen und Toren standen, gaben den Massen die Richtung an, in der sie zu marschieren hätten, und die Richtung, durch welche sie in den Sportpalast hineingehen sollten. Es trat wohl zeitweise eine Stöckung ein, langsam nur konnte die Menge aus dem Vorgarten in den Vortraum des Sportpalastgebäudes hinein, aber niemand drängte, niemand war ungeduldig. Die Masse stand ruhig im Garten, lang die Internationale und wartete, bis die Rufe an den einzelnen kam. Selbstverständlich hatten Kommunisten und ihre deutschnationalen Kabaubrüder die günstige Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um Störungen herbeizuführen. Mehrfach versuchten „Heldensänglinge“ mit schwarzweyrotten Kofarden, mit Falkenkreuzen und anderen heidnischen Abzeichen durch die Tore des Sportpalastes einzudringen. Sie wurden von den hier aufgestellten Reichsbannerleuten zurückgehalten, und den lärmenden Protest dieser Heiden tat man mit löchelnder Geste ob. Auch kommunistische Jünglinge versuchten einzudringen, und es sah eine Zeitlang auf der Straße

so aus, als ob sie eine Verabredung unter sich getroffen hätten und Versammlungsteilnehmer belästigen wollten. Das Publikum jedoch, das eilig nach dem Sportpalast strebte, kümmerte sich um die Kabaubrüder nicht, und wenn sie sich auf der Straße zu lästig machten oder die Passage zu sehr störten, schritt die Schuttpolizei ein und zerstreute sie schnell.

Der Arbeiter-Samariter-Bund fehlte gleichfalls nicht. Man sah seine Mitglieder mit den Armbinden und dem Abzeichen des Roten Kreuzes in den Saal eilen, und an der Seite des Sport-



palastes standen Mitglieder mit einer Tragbahre, um bei Unfällen sofort erste Hilfe leisten zu können.

So vollzog sich der Anmarsch der Massen mit jener ruhigen Gemessenheit, mit jener unbewussten Selbstverständlichkeit, die unsere Gegner im Grunde genommen immer wieder in Erstaunen und Verwirrung setzen. Die Heimtückischen unter ihnen würden gar zu gern Eggele sehen, Vorn, Kratzel und Eingreifen der Schupo. Und sie sahen heute wie so oft Tausende und über Tausende, Junge und Alte, in unabsehbaren Zügen zu der Stätte der Versammlung schreiten, und der Geist, der aus ihren Mienen leuchtet, ist der Geist der Ordnung, der Disziplin, der Arbeit und des Sozialismus.

### Im Sportpalast.

Im Innern des gewaltigen Baues verwirrten Menschenleiber, Farbenflut, Lichterfunken und Stimmenlärm sich zu einem Meer ewiger Bewegung. Was in Fülle auf Aug und Ohr, stets sich übersteigend, einströmte, kann das Hirn kaum fassen. Um halb sechs Uhr ist der Saal geöffnet worden, unablässig fluteten seitdem die Massen hinein. Vormwärts, vorwärts drängt alles an gespenstischen Halbdunkel vorwärts, vorwärts, dem Rednerpult zu, das links umfließt und festlich rot überflammt deutlich hervorsticht. Allmählich rücken öfters Lampen auf im Riechenhaus, heller wird es, Seltener bünen und Galerien füllen sich mit unheimlicher Geschwindigkeit. Geduldig wartet das Publikum, und trotz ist jeder, der überhaupt noch einen Platz sich erobert hat. Zeitungshändler mit „Reichsbanner“ und „Vorwärts“, Bonbonsverkäufer und Würstchenmänner machen gute Geschäfte. Auch das „Geschäft“ der zahllosen Reichsbannerleute blüht: Ordnung zu schaffen, ist ihre schwere Aufgabe, sie erfüllen sie mit anerkennenswerthem Tagelohn. Tatkraftige Unterstützung finden sie im Publikum, das sich musterhaft benimmt. Dabei sind alle, die die Bänke besetzen und sich die Hälse verrenken, um „auch was“ zu sehen, gewiß in keiner beneidenswerten „Boge“, sofern man von

einer Boge hier überhaupt sprechen kann. Wohl nie sah eine Rednerbahn auf einmal soviel „Sieher“. Immerhin, um einen Ausgleich zu schaffen, werden von mehr Boghaltigen als Geschickten die steilen Kurven unablässig berollt. Lustig sind solche Einzelheiten, ein rührendes Bild bietet der Kranke und der Kriegsbeschädigte, die es sich nicht nehmen lassen, im Rollstuhl ans Rednerpult gefahren zu werden, erhebert ist der Gesamteindruck der harrenden Menge.

### „Mit uns zieht die neue Zeit“.

Und nicht nur der Klassenbewußte Arbeiter ist gekommen, den deutlicher als alles andere das tägliche Erleben die Notwendigkeit einer gewissenhaften Antipolitik lehrt, auch die Jungen sind da mit hellem Haar noch und Glanz der Hoffnung in den Augen, ja, selbst das graue und weiße Alter ist reichlich vertreten. Gebhaft gestikulieren in meist politischer Diskussion Männer und Frauen, die Unzähligen, die nun lange schon keinen Platz mehr finden können, unterhalten sich miteinander trotz ihrer Enttäuschung — da überwindet plötzlich heller Gesang den wirrigen Schall: „Mit uns zieht die neue Zeit!“ Die Arbeiterjugend ist's, mit rasendem Beifall wird sie begrüßt. Ein stürmisches Bekenntnis ist es auf den unzähligen roten Fahnen, die sie mit sich führt, doch Bewußtsein auch: Ihr seid der Weg! Die Arbeiterfänger lassen gleichfalls mackevollen Gesang das Haus durchbrausen, st. st. zisch's dann von hier und dort, von dort und hier, Ruhe wird's schnell — der erste Redner.

Gelpant lauscht diese Masse des einheitlichen Willens zur endlichen Befreiung den konzentrierten und sachlichen Reden ihrer Führer. Bestrafft sind die zahllosen Hörer, die sich nichts, aber auch gar nichts entgegen lassen möchten. Wohin auch die Scheinwerfer ihr Licht ausgleichen, überall überblenden sie Gesichter, denen man fast unzerstörbare Aufmerksamkeit deutlich ansieht. In zahllosen Zwischenrufen befindet sich ferner das rege Interesse, und den Herren Luther und Strelmann, aber auch manchem Kommunisten dürften gestern abend recht laut die Ohren geflungen haben. Ob die Kommunisten auch geahnt haben, wie einmütig die Menge ihre kindischen Störversuche ablehnte? Mit ziemlicher Geschwindigkeit werden einige von ihnen an die Luft geblasen, doch wurde keiner trotz begreiflicher Erregung geschlagen. „Nicht haufen, nicht haufen!“ lautet das pazifistischste aller Kommandos. Im übrigen aber brauchte gewiß nichts befohlen zu werden, denn die rücksichtslose Politik brutaler Junker und egoistischer Kapitalisten hat der deutschen Arbeiterklasse die Forderung der Stunde von selbst gezeigt. Begeisterte Zustimmung lohnte deshalb jeden Sprecher, deutlich offenbarte sich im Aufmarsch der Berliner Arbeiterschaft im Sportpalast die Erkenntnis: Das Reich ist voll — die neue Zeit wird unsere Zeit!

### Kommunistische Kuppeleien.

Nach der Kundgebung ist es in der Potsdamer Straße zu Zusammenstößen mit den Kommunisten gekommen. Die BS-Korrespondenz bringt darüber folgende Einzelheiten:

„Die Polizei hatte von vornherein mit Unruhen gerechnet und in den Seitenstraßen in der Umgebung des Sportpalastes standen zahlreiche Lastwagen mit Schupobeamten, die die Aufgabe hatten, ernste Zusammenstöße zu verhindern. Schon am Schluß der Versammlung kam es im Saal zu Reibereien, die schließlich bei Verlassen des Sportpalastes in Lälligkeiten ausarteten. Auf der gegenüberliegenden Seite der Potsdamer Straße halten sich etwa 600 bis 700 Kommunisten eingefunden, die in Hundertschaften anmarschiert waren. Zumeist handelte es sich um Mitglieder der kommunistischen Jugend, doch sah man in den Abteilungen, deren Leiter ausnahmslos aus älteren Leuten bestanden, auch viele Personen in reiferem Alter. Die Kommunisten waren zum großen Teil mit Handstöcken und Knütteln ausgerüstet. Führer gingen von Trupp zu Trupp und gaben die Parolen aus. Man sollte sich zunächst auf Demonstrationen beschränken und erst zum Schluß, wenn die Sozialdemokraten den Sportpalast verlassen, den ganzen Damm sperren, um die Polizei zum Einschreiten zu veranlassen. Diese Kommandos wurden sehr laut und ungeniert abgegeben. In dem Augenblick, als die Versammlungsbefucher aus dem Vorgarten herausströmten, setzte dann auch ein Hüllenlärm ein. Die Kommunisten schrien unausgesetzt: „Nieder mit den Arbeiterverrättern, heraus mit den politischen Gefangenen! Amnestie!“ — Als letzte verließen den Sportplatz die Reichsbannerleute mit den Fahnen. Kaum hatten sie den Fahrdamm erreicht, als die Kommunisten wie auf Kommando auf die Fahnenträger zustürzten, und nun erhob sich ein wilder Kampf um die Abzeichen und Banner. Beide Parteien schlugen aufeinander los und es wäre zweifelsohne zu wüsten Ausschreitungen gekommen, wenn nicht im letzten Augenblick einige Hundertschaften der Polizei herangebracht worden wären. Wie aus der Erde gewachsen erschienen die Schupoleute und räumten mit den Gummiknütteln unter den Kom-



Die Untersuchung im Landtag.

Der Ausschuss des Preussischen Landtages für Untersuchung der Geschäfte der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) setzte seine Verhandlungen fort.

Vors. Dr. Leibig richtet zunächst an die Vertreter der Staatsbank die Frage, ob bei dem Beginn der Geschäftsverbindung mit Kautzker alles normal zugegangen sei, oder ob für die eingeräumten Kredite die nach den normalen Geschäftsbedingungen ausreichende Deckung vorhanden war.

Finanzrat Bredenfeld erwidert: Für das Bankhaus E. v. Stein bestanden zwei Konten, ein Lombard- und ein Kontokorrent-Konto. Ein Lombarddarlehen von 2 Millionen wurde eingeräumt auf Grund einer Bürgschaftserklärung der Disconto-Gesellschaft. Die Stein-Bank hinterlegte dann ein Depot in gemischten Effekten.

Vors.: Wie sind die überwerteten Hypothekenbriefe in das Depot gekommen?

Finanzrat Bredenfeld: Die überwerteten Hypothekenbriefe sind auf eigenartige Weise in das Depot gekommen. Sie kamen zunächst unperlangt dorthin und sind erst nach und nach dem Depot einverleibt worden. Auf weitere Fragen erklärt Bredenfeld: Noch im Februar waren die Sachbearbeiter der Auffassung, daß das Lombardkonto durchaus gedeckt sei. Die Bürgschaft sind eingeleistet worden, aber auf irregulärem Wege. Sie wurden von dem Lombardbeamten ohne Kenntnis der Generaldirektion zurückgegeben und durch andere ersetzt. Diese trugen die Unterschriften einer Firma Gruber und sie sind auch wieder herausgegeben und durch andere ersetzt worden, wiederum ohne Genehmigung des Sachbearbeiters. Der Lombardbeamte war der inzwischen abgeante Bankoberinspektor Blode. In der Inspektion war es so, daß die Deckung den entnommenen Darlehen immer voraussetzte. Nach der Stahlfestigung wurde eine genaue Prüfung der Lage aller Darlehen vorgenommen, wobei auch das Konto Kautzker, Bankhaus Stein in Ordnung befunden wurde. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß

diese Prüfung in grob jahrläufiger Weise vorgenommen worden war. Anfang Februar wurden deswegen

die drei schuldigen Beamten entlassen.

Die Sachbearbeiter haben vermutlich guten Glaubens gehandelt. Insbesondere Herr v. Rube hat das Bankhaus E. v. Stein immer als potenten Kunden bezeichnet.

Abg. Dr. Waentig (Soz.) weist darauf hin, daß seinerzeit in der Presse amtlich mitgeteilt wurde, es handle sich um Geschäfte mit der durchaus zuverlässigen Stein-Bank, nicht mit Kautzker. Darauf habe die „Frankfurter Zeitung“ erwidert, jedes Kind in der Finanzwelt habe schon im Oktober 1923 gemerkt, daß die Stein-Bank vollständig in den Händen Kautzkers war.

Präsident Schröder: Im Oktober 1923 war tatsächlich noch nichts von einer Zahlungsunfähigkeit der Stein-Bank bekannt.

Auf weitere Fragen aus der Mitte des Ausschusses erklärt Präsident Schröder: Schriftliche Niederlegungen darüber, daß bei abweichenden Geschäftsgebahren zwei Referenten zusammenwirken mußten, ergiebt bei der Staatsbank nicht; aber es war anzunehmen, daß sich die zuständigen Referenten bei größeren Geschäftsabwicklungen verständigten. Die unteren Beamten hatten jedenfalls nur auszuführen, was von ihren Vorgesetzten angeordnet wurde.

Auf eine Frage des Abg. Kuttner (Soz.), ob sich die Staatsbank über die Bonität der „Wostag“ erkundigt habe, erklärt Finanzrat Bredenfeld, daß er darüber nichts wisse, weil das Angelegenheit des Sachbearbeiters gewesen sei. Kautzker habe übrigens von der „Wostag“ das Hanauer Lager gekauft.

Wie kam Kautzker nach Deutschland?

Die Untersuchung wendet sich dann der Frage zu, wie und mit welcher Unterstützung die Kautzker, Barmat usw. in Deutschland wohnen und hier ihre Geschäfte machen konnten.

Ein Vertreter des Innenministeriums erklärt auf Befragen: Der Minister des Innern hat den Polizeipräsidenten beauftragt zu ermitteln, wo und wie Kautzker, Barmat und die übrigen in Deutschland eingereist sind; zweitens, von welchen preussischen Dienststellen ihnen Aufenthaltsgenehmigung erteilt worden ist und welche Beamten die Verantwortung tragen für die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis; drittens soll festgestellt werden, welche Schritte unternommen worden sind, um ihre Entfernung zu erzwingen.

Was wir bisher vom Berliner Polizeipräsidenten bekommen haben, ist auch unseres Erachtens nicht ausreichend, und wir sind bereit, Ergänzungen heranzuschaffen. Nach den bisherigen Ermittlungen ist Jwan Kautzker mit Frau und Sohn am 1. Juni 1920 nach seiner eigenen Angabe aus Vitauen zugereist ohne Paß und Sichtvermerk. Für das Polizeipräsidenten bestand damals die Bestimmung, daß Ausländer, die vor dem 15. November 1921 ohne Paß und Sichtvermerk nach Deutschland gekommen waren, aus diesem Grunde allein nicht die Aufenthaltsgenehmigung verweigert werden sollte. Das traf auch auf Kautzker zu. Kautzker ist zunächst nach Berlin zugereist. Anfang

1922 sind die Behörden auf ihn aufmerksam gemacht worden durch eine Firma Haberling, die ein Strafverfahren gegen Kautzker einleitete und zugleich seine Ausweisung beantragte. Was dieses Strafverfahren betraf, geht aus den bis jetzt gemachten Feststellungen nicht hervor. Am 21. März 1922 hat das Wohnungsamt Wilmersdorf Kautzkers Ausweisung beantragt, weil er ohne Genehmigung eine Sechszimmerwohnung bezogen hatte. Kautzker selbst hat am 16. Oktober 1922 eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt, in der er als besondere Referenz, nachdem er inzwischen Inhaber der Firma v. Stein geworden war, eine Empfehlung des Beauftragten des deutschen Konsulats bei der Regierung Rottlands und Ostlands dem Polizeipräsidenten vorlegte. Trotz dieser Empfehlung hat am 19. Oktober 1922 das Polizeiamt Wilmersdorf, ein Fremdenamt gab es damals noch nicht, die Ausweisung Kautzkers verfügt. Da erschien der Fabrikant Blau und erklärte, daß Kautzker als Mitinhaber der Firma v. Stein unentbehrlich in Deutschland sei und bat, den Ausweisungsbefehl zurückzunehmen und der Aufenthaltsgenehmigung stattzugeben.

Am 7. November erteilte Geh. Rat v. Müller die Aufenthaltsgenehmigung und vom Zentralwohnungsamt wurde am 5. Januar 1923 dem Kautzker die Wohnung endgültig zugewiesen.

An Bedenken lag gegen Kautzker das Strafverfahren der Firma Haberling und der Umstand, daß er sich unzureichend in den Besitz einer Wohnung gebracht hatte, vor. Das Strafverfahren wurde im Herbst 1923 eingestellt. Und es ist wahrheitsgemäß, daß es diesem Umfange und dem Antrag des Fabrikanten Blau, der ein Reichsdeutscher ist, zuzurechnen ist, daß der Ausweisungsbefehl zurückgenommen wurde.

Der Vorsitzende, Dr. Leibig (D. Sp.), schlägt vor, die diesbezüglichen Akten des Polizeipräsidenten und des Zentralwohnungsamtes herbeizuschaffen.

Kautzkers frühere Verbindungen.

Abg. Cobendorff (Zentralwohng.) stellt sodann eine Reihe von Fragen an das preussische Innenministerium, u. a., ob Kautzker als Wohnungsuchender überhaupt eingetragen war und was er für die Beschaffung der kaudalen Sechszimmerwohnung bezahlt hat, ferner wie es möglich war, daß Kautzker, nachdem er aus der Wohnung ausgewiesen worden war, fast im selben Moment die Wohnung wieder bekam und ob bekannt sei, daß das Oberhaupt der Stadt Berlin dabei mitgewirkt habe.

Die Untersuchung der Akten der Wohnungssuche auf die von vorhandenen Akten des Wohnungsamtes Wilmersdorf auszugehen, und zwar: Ist dem preussischen Innenministerium bekannt, daß die Einreise Kautzkers in Begleitung eines russischen Majors und in Begleitung des früheren russischen Generalkonsuls Rosenkrantz stattgefunden hat? Ist dem preussischen Innenministerium ferner bekannt, daß Kautzker in Verbindung mit der sogenannten Allederstelle G. m. b. H. gestanden hat, und daß der Vorläufer dieser Alleder-Verwertungsstelle die Reichsentschädigungsstelle war, die in einzelnen Orten des besetzten Gebietes sogenannte Beschlagnahmekommissionen hatte, darunter auch eine in Libau?

Haben schon bei der Beschlagnahmekommission in Libau engere Geschäftsverbindungen mit Kautzker bestanden?

Ist dem preussischen Innenministerium bekannt, daß von Kautzker am Pfingstfest 1921 eine Anzahl von Waggons als Eigentum nach Ostpreußen abgegangen ist, und daß es der Kriminalpolizei in Schneidemühl gelang, einen dieser Waggons festzuhalten? Ist es dem preussischen Innenministerium bekannt, daß eine ganze Reihe von Lagerplätzen der Alleder-Verwertungsstelle in Friedrichsfelde bei Berlin, nachdem für diese Plätze mit einigen Verwertungsgesellschaften langfristige Verträge abgeschlossen waren, an Kautzker übergegangen sind?

Der Vorsitzende, Dr. Leibig (D. Sp.), ist der Ansicht, daß es lediglich Aufgabe des Untersuchungsausschusses im Landtage sei, die Zusammenhänge Kautzkers mit den Kreditgeschäften der Staatsbank festzustellen und daß alle darüber hinausgehenden Fragen dem Ausschuss des Reichstages vorbehalten bleiben müßten.

Abg. Anshke (Dem.): Nachdem die Staatsbank erklärt hat, daß die Empfehlungen militärischer Stellen für sie so maßgebend waren, daß sie daraufhin eine weitere Prüfung unterlassen hat, muß die Auffassung dieser Zusammenhänge auch hier erfolgen und ist dringend geboten.

Abg. Schöning (Z.) schließt sich dieser Auffassung an, und die Mehrheit des Ausschusses beschließt darauf die Erörterung der Frage.

Abg. Dr. Pinkernell (D. Sp.) stellt nach der Beantwortung verschiedener Fragen fest, daß der Staatsbank über die Persönlichkeit Kautzkers wenig bekannt war, daß sie nichts wußte von seinem Streit mit dem Wohnungsamt und von dem gegen ihn schwebenden Strafverfahren.

Der Vertreter des Finanzministeriums teilt mit, daß der Stein-Bank die Dividendenzahlung im September 1923 verweigert worden ist, weil nach einer Auskunft des Landesfinanzamts Kautzker als unzureichend betrachtet werden mußte. In dem Schriftwechsel habe Kautzker den Oberfinanzrat Dr. Rube als Treuhänder für 51 Proz. der Aktien vorgeschlagen, um so die Voraussetzung für die Genehmigung zu erfüllen.

Präsident Schröder: Uns ist von dieser Auskunft des Landesfinanzamts nichts bekannt, erst recht nichts von der angeblichen Treuhänderschaft Dr. Rubes. Wenn das irgendwie im Einverständnis mit Rube geschehen ist, hätte er es der Generaldirektion mitteilen müssen. Wir haben an einer Auffassung dieser Frage durch die Staatsanwaltschaft das größte Interesse. Vermutlich handelt es sich hier aber um dieselbe Unvorsichtigkeit von Kautzker, die er in einem anderen Falle bewiesen hat. Da hier er im Januar 1924 in der Generaterversammlung seiner Ehegattin den Vizepräsidenten der Staatsbank Dr. Ruge in den Aufsichtsrat wählen und auch handelsgerichtlich eintragen, Dr. Ruge wußte davon gar nichts und hat die Wahl dann abgelehnt.

Das Hanauer Lager.

Finanzrat Bredenfeld erklärt: Als das Hanauer Lager als Deckung der Staatsbank angeboten wurde, betrug die Gesamtschuld Kautzkers rund 4,5 Millionen Mark. Kautzker sollte seine neuen Kredite für das Lager erhalten, sondern wollte für diese neue Deckung nur den Vorteil, daß die bis dahin täglich kündbaren Kredite in feste Kredite umwandbar für drei Monate umgewandelt würden.

Die Kautzker-Stein-Bank verpflichtete sich, das Lager innerhalb von drei Monaten zu verkaufen und der Staatsbank die Hälfte des Mehrerlöses über die Schuld bei der Staatsbank als eine Art Zinsen zu überlassen. Die Lagerbesitzer befanden sich bei Abschluß dieses Ubergangens bereits im Lombardkonto der Staatsbank. Ob von den Lombardbeamten dafür noch Kredite gegeben worden sind, kann ich nicht feststellen, sollte es geschehen sein, so ist ein solches Verhalten unzurechnungsfähig.

Abg. v. Waldhausen (Dm.) fragt, wie die Staatsbank auf die Idee kommen konnte, ein solches Kreditgeschäft einzugehen, das für eine Staatsbank unmöglich sein sollte.

Finanzrat Bredenfeld: Das fragliche Geschäft ist das einzige, das die Staatsbank in dieser Art abgeschlossen hat. Wenn das Lager nicht innerhalb von drei Monaten verkauft worden wäre oder nicht mehr, als die Kreditschuld betrug, an Erlös gebracht hätte, hätte die Stein-Bank den Zinsenbank nachholen müssen.

Abg. Kuttner (Soz.): Wie war die Staatsbank dagegen gesichert, daß es sich beim Hanauer-Lager-Geschäft etwa um ein Scheingeschäft handelte?

Finanzrat Bredenfeld: In bezug auf ein etwaiges betrügerisches Vorgehen beim Hanauer-Lager-Geschäft hatte die Staatsbank in der Tat keine Sicherheiten. Das Lager hat häufig seinen Besitzer gewechselt und es sind daraus auch schon häufig große Bestände an die Industrie verkauft worden. Zurzeit befinden sich dort insbesondere große Bestände von Artilleriewagen, vielleicht 1500, weiter geringere Bestände von Schienen, Feldbahnwagen, große Bestände Planiergerät, Epiphyden und ähnliches. 4,2 Millionen Mark will die Stein-Bank für das Lager ausgegeben haben. Ob sie das wirklich getan hat, ist mir mehr als zweifelhaft. Zuverlässiges darüber kann ich nicht angeben.

Abg. Dr. Pinkernell (D. Sp.): Dann hat also bei der Hergabe des Kredits die Staatsbank nicht gewußt, was das als Deckung gebene Hanauer Lager wert war. Welchen Wert hat das Lager jetzt?

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Präsident Schröder erklärt sich bereit, die Frage erörtern zu beantragen, äußert aber Bedenken dagegen, dies in einer öffentlichen Sitzung zu tun, weil gerade jetzt die Verhandlungen über den Verkauf des Lagers schweben.

Mit 16 gegen 5 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, wird der Ausschluß der Öffentlichkeit und die Prüfung des gegenwärtigen Wertes des Hanauer Lagers beschlossen.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schildert Finanzrat Bredenfeld die Entwicklung des Hanauer Lager-Geschäftes. Die Staatsbank, die inzwischen mitteilungslos geworden war (Heiterkeit), wollte sich vergewissern, was es mit den wucherischen Verhandlungen auf sich habe. Oberfinanzrat Dr. Hellwig wurde beauftragt, beim Abschluß des Vertrages in Hamburg zugegen zu sein. Hellwig fuhr mit Kautzker gemeinsam nach Hamburg. Dort wurde in der Tat ein Vertrag abgeschlossen, in dem die Rumänen das Lager zum Preise von 9,6 Millionen erwarben. Ob dieser Vertrag nur ein Scheinvertrag war, entzieht sich unserer Nachprüfung. Um festzustellen, daß Dr. Calescu berechtigt sei, diesen Vertrag abzuschließen, wurde verlangt, daß seine Unterschrift von der rumänischen Gesandtschaft beglaubigt wurde. Eine derartige Beglaubigung ist auch gegeben worden. Die Rumänen zahlten nicht, sondern machten Ausflüchte, die darauf hinausliefen, daß die Regierung in Bufarest der Auffassung sei, im Hanauer Lager wäre möglicherweise nicht alles in Ordnung und daher eine Kontrollkommission nach Hanau entsandt hätte, um die

Richtung, SPD.-Stadtverordnetenfraktion

Die Mitglieder der Fraktion werden ersucht, am Donnerstag pünktlich zu der Stadtverordnetenversammlung zu erscheinen.

Öffentliche Volkerversammlung in Reinickendorf-West am Donnerstag, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in Hartmanns Bazaar, Schönowerstraße 104, Tagungsort: Der neue Rechtskurs in Deutschland. Referent: Reichstagsabgeordneter Rudolf Wissell.

Heute, Mittwoch, Mitgliederversammlungen:

- 1. 7 1/2 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Caselufer 2, Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann. (Ausgabe der Funktionärenliste.)
2. 7 1/2 Uhr bei Müller, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Hubert über: Die politische Lage.
3. 7 1/2 Uhr bei Müller, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Wendel über: Die politische Lage.
4. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
5. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
6. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
7. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
8. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
9. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
10. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
11. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
12. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
13. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
14. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
15. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
16. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
17. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
18. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
19. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
20. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
21. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
22. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
23. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
24. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
25. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
26. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
27. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
28. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
29. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
30. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
31. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
32. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
33. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
34. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
35. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
36. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
37. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
38. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
39. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
40. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
41. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
42. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
43. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
44. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
45. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
46. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
47. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
48. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
49. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
50. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
51. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
52. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
53. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
54. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
55. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
56. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
57. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
58. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
59. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
60. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
61. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
62. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
63. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
64. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
65. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
66. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
67. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
68. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
69. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
70. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
71. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
72. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
73. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
74. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
75. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
76. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
77. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
78. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
79. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
80. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
81. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
82. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
83. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
84. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
85. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
86. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
87. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
88. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
89. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
90. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
91. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
92. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
93. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
94. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
95. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
96. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
97. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
98. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
99. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
100. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.

Frauenabende am Mittwoch, den 28. Januar:

- 1. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
2. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
3. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
4. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
5. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
6. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
7. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
8. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
9. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
10. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
11. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
12. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
13. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
14. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
15. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
16. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
17. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
18. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
19. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
20. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
21. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
22. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
23. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
24. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
25. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
26. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
27. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
28. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
29. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
30. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
31. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
32. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
33. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
34. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
35. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
36. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
37. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
38. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
39. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
40. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
41. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
42. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
43. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
44. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
45. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
46. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
47. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
48. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
49. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
50. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
51. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
52. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
53. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
54. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
55. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
56. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
57. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
58. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
59. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
60. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
61. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
62. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
63. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
64. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
65. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
66. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
67. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
68. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
69. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
70. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
71. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
72. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
73. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
74. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
75. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
76. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
77. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
78. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
79. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
80. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
81. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
82. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
83. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
84. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
85. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
86. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
87. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
88. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
89. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
90. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
91. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
92. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
93. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
94. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
95. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
96. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
97. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
98. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
99. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.
100. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schreiber Str. 23, Vortrag des Genossen Schulze über: Die politische Lage.

Bestände nachprüfen zu lassen. Diese Kontrollkommission erklärte alsdann den Rücktritt vom Vertrag, weil inzwischen die Durchsuchung des Bagers durch das Polizeipräsidium in Berlin angeordnet war.

### Eine romantische Sache.

**Bors:** Wurde festgestellt, ob die Kommission tatsächlich von der rumänischen Regierung entsandt war?  
**Finanzrat Brafensfeld:** Das Dascalescu Mitglied dieser Regierungskommission war, ist festgestellt worden, aber ob unter Mitwirkung Dascalescus in hiesiger eine Scheinkommission zusammengesetzt worden ist, ist nicht festgestellt worden. (Bewegung.)

**Bors:** Hat von einer amtlichen Stelle eine direkte Fühlungnahme mit der rumänischen Regierung stattgefunden darüber, ob die ganze Angelegenheit der rumänischen Regierung eigentlich bekannt sei oder nicht?  
**Finanzrat Brafensfeld:** Eine solche Fühlungnahme hat zunächst nicht stattgefunden. (Große Bewegung.)

**Bors:** Die ganze Sache macht einen etwas romantischen Eindruck. (Heiterkeit und Zustimmung.)

**Präsident Schröder:** Wir hatten nur dafür zu sorgen, daß der Staatsbank kein Schaden zugefügt wird.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Pinner (D. Sp.) befragt Finanzrat Brafensfeld, daß der Steinbank, nachdem sich die Verkaufsverhandlungen zerlagert hätten, die Zinsen aus ihren Krediten zu Lasten geschrieben wurden. Er führt weiter aus, daß die Verkaufsverhandlungen mit Rumänien dann erneut aufgenommen worden seien, und zwar in Paris, dort sollte sich nämlich der zuständige rumänische Minister befinden. Oberfinanzrat Dr. Hellwig ist mit in Paris gewesen. Es stellte sich zunächst heraus, daß der rumänische Minister bereits einige Tage vor Ankunft der Verhandlungsdelegation abgereist war. Verhandlungen fanden dann in der rumänischen Gesandtschaft statt, führten aber zu keinem Abschluß. Eigentliche Protokolle liegen über die Pariser Verhandlungen nicht vor, nur eine Aktennotiz des Oberfinanzrats Hellwig. Damit war das rumänische Geschäft erledigt.

### Die Lawinen-Wechsel.

Die Verhandlungen wenden sich nun der Frage zu, wie die Schuldenlast Kutiskers von 4,5 Millionen (4,2 Millionen Lombardschuld und 300 000 Mark Kontokorrentschuld) auf 14,2 Millionen Mark getilgt ist.

**Finanzrat Brafensfeld** erklärte hierzu: Die Schuldenlast Kutiskers vergrößerte sich namentlich dadurch, daß früher in Zahlung gegebene Wechsel keine Deckung fanden, so daß er mit diesen Wechselbeträgen belastet werden mußte. Infolge weiterer Lombardierung von Wechseln, die durch Finanzrat Rüge vorgenommen worden war, stieg die Schuld Kutiskers bis Ende März auf 6,7 Millionen Mark. Ende April betrug sie bereits 10 660 000 Mark, und zwar ist dieser Betrag hauptsächlich durch Lastenbuchung zurückgekommener Wechsel entstanden. Bis Ende Mai stieg das Debit Kutiskers aus dem gleichen Grunde auf 12,4 Millionen Mark, wozu schließlich noch ein Wechsel in Höhe von 1,8 Millionen Mark kam, so daß die Gesamtschuldsumme sich auf 14,2 Millionen Mark belieferte.

Im Januar traten die Leiter des Bankhauses E. v. Stein und die Firma Michael an die Staatsbank heran mit der Bitte um Stellung des Dr. Rüge als Schiedsrichter in einem Streit zwischen Kutisker und Michael, der mit der Scharlach-Bank zusammenhing. Dr. Rüge wirkte als Schiedsrichter, und das Verfahren endete damit, daß Michael von Kutisker 200 000 Mark in bar und 1 800 000 Mark in Wechseln erhalten sollte. Dr. Rüge wurde gebeten, diese Wechsel durch die Staatsbank zu diskontieren. Diese Zusage wurde gemacht. (Bors. Dr. Leibig: Allein von Dr. Rüge?) Ja, ohne Zustimmung der Generaldirektion, aber wohl mit Kenntnis von Dr. Hellwig. Ich bin überzeugt, daß das, was ich jetzt sage, in einem Maße erscheinen wird, das die Staatsbank gern vermeiden hätte. Als über diese Wechsel gesprochen wurde, fragte der Vertreter von Michael den Dr. Rüge, ob die Staatsbank gedeckt wäre. Diese Frage wurde bejaht, obwohl die Deckung in dieser Zeit überaus schwach war. Diese mündliche Auskunft wurde später schriftlich bestätigt. Das ist natürlich für die Staatsbank sehr übel. Der einzige Vorteil des Wechsels ist, daß Kutisker dadurch persönlich verpflichtet ist. Zu der Schuld Kutiskers von 12 400 000 Mark kam nun noch der Wechsel über 1 800 000 Mark.

**Bors. Dr. Leibig:** Die Angelegenheit des Hanauer Bagers lag doch eigentlich nicht im Rahmen der sonstigen Geschäfte der Staatsbank.

**Finanzrat Brafensfeld:** Es war ein Geschäft besonderer Art, wie es ein zweites Mal nicht mehr vorkommen wird.

**Abg. v. Waldhausen (Dnat.):** Die ursprünglich von Kutisker lombardierten Aktien waren zum großen Teil recht gut; warum wurden sie herausgenommen und durch das sehr unsichere Geschäft mit dem Hanauer Bager ersetzt?

**Finanzrat Brafensfeld:** Dem Deponenten ist wohl dieses Geschäft ganz besonders günstig (?) erschienen.

### Angenehme Schiedsrichtertätigkeit.

**Abg. v. Waldhausen (Dnat.):** Ist es richtig, daß den Schiedsrichtern für ihre Tätigkeit im Streit Kutisker-Michael ein Honorar von 52 000 M. im ganzen gezahlt worden ist? Ist eine Genehmigung zu dieser Schiedsrichtertätigkeit gegeben worden?

**Präsident Schröder:** Rüge und Dr. Hellwig hatten von meinem Amtsvorgänger von Dombois die Genehmigung erhalten, als Schiedsrichter tätig zu sein und ein angemessenes Honorar dafür zu bekommen. Von Kutisker wurde an Rüge ein Honorar von 12 000 M. gezahlt, wozu Dr. Hellwig 5000 M. erhielt. Im Auftrag der Firma Michael erschien dann deren Vertreter, General von Vinonius, bei Dr. Rüge und brachte ihm weitere 40 000 M. Rüge jögerte erst, diesen Betrag anzunehmen, tat es aber, nachdem ihm Dr. Hellwig gesagt hatte, ein solches Honorar entspreche bei dem Objekt von 2 Millionen ungefähr dem üblichen Satz, den ein Anwalt für die erste Instanz erhält. Daß mein Amtsvorgänger die Genehmigung zu der Schiedsrichtertätigkeit und zu dem angemessenen Honorar erteilte, war nach meiner Meinung korrekt, da es sich um zwei Kunden der Staatsbank handelte. Ueber die Höhe des Honorars ist aber mein Amtsvorgänger nicht unterrichtet worden. Ich halte es für absolut falsch, daß die beiden Herren diese hohen Honorare genommen haben. Ich würde als Präsident meine Genehmigung dazu gegeben haben.

**Bors. Dr. Leibig:** Dr. Rüge hat dann den Wechsel Michaels für die Staatsbank diskontiert, nachdem er als Schiedsrichter einen Michael günstigen Schiedsspruch gefällt hatte. Mußte ihm das nicht bedenklich erscheinen?

**Präs. Schröder:** Das Honorar wurde ihm gegeben, nachdem er schon die Diskontierung des Wechsels zugelassen hatte.

**Abg. Dr. Deereberg (Dnat.):** Die Tätigkeit der Schiedsrichter war verhältnismäßig einsach. Ich bin überzeugt, daß es sich bei dem hohen Honorar um

### verschleierte Zuwendungen

handelte. Hatten Sie es vom Standpunkt des Beamten mit den Pflichten eines Beamten für vereinbar, daß Dr. Rüge für einen Schiedsspruch Honorare nahm von denselben Firmen, über deren Kredit er zu bestimmen hatte, und daß er aus eigener Machtvollkommenheit einen Wechsel Michaels über 1 800 000 M. im Schiedsverfahren von der Staatsbank diskontierte?

**Präsident Schröder:** Die Frage der Wechseldiskontierung hätte Dr. Rüge unbedingt der Generaldirektion vorlegen müssen.

**Abg. Kaufhold (Dnat.):** Der Schiedsspruch wurde im Januar 1924 gefällt und das Geschäft mit dem Hanauer Bager am 22. Februar von diesen beiden Schiedsrichtern abgeschlossen. Die beiden Herren haben sich trotz der Annahme des Honorars bei ihrer weiteren Tätigkeit in den Angelegenheiten von Kutisker und Michael nicht für befangen erklärt.

Auf eine weitere Frage des Abg. Brunk (Dnat.) erklärt Präsident Schröder, daß die sämtlichen Reisespesen zu Lasten Kutiskers gingen, aber von der Staatsbank ausgelegt worden sind.

**Abg. Dr. Woenig (Soz.)** fragt, ob von den Effekten, die Kutisker ins Depot der Staatsbank gab nichts herausgezogen worden ist, und stellt fest, daß sogenannte schwere Papiere sich nur in geringer Zahl darunter befanden.

Auf Fragen der Abg. Kuttner (Soz.), Rukhke (Dem.) und Dr. Pinner (D. Sp.) erklärt Finanzrat Brafensfeld, Kutisker habe noch im März und April 1924 Kredite erhalten. Darauf sei das Strafverfahren wegen Untreue zurückzuführen. Kutisker habe zwischen den einzelnen Firmen seines Konzerns offenbar Wechselkreisläufe getrieben. Nach Feststellung der Minderwertigkeit der beiden Deckungshypotheken habe Kutisker jedoch keinen Kredit mehr erhalten.

Der Ausschuss beschließt, die Finanzräte Dr. Rüge und Hellwig sowie Kutisker und General Vinonius und ferner alle diejenigen Personen zu laden und zu vernehmen, die über die von dem Abg. Stoll (Komm.) behaupteten früheren Schiebergeschäfte Kutiskers mit der Nieder-Bermertungsstelle unterrichtet oder an ihnen beteiligt sind. Ferner soll ein genaues Verzeichnis über die Personalverhältnisse in den einzelnen zu dem Kutisker-Konzern gehörigen Firmen aufgestellt werden.

Die Weiterverhandlung wird dann am Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.

### Der Fall Barmat.

#### Die Treuhandgesellschaft endgültig gebildet.

Nach Beilegung der noch bis jetzt bestehenden Differenzen ist am gestrigen Dienstag der Vertrag über die Bildung einer Treuhandgesellschaft zur Übernahme der Werte des Barmat-Konzerns von den in Frage kommenden Parteien unterzeichnet worden. Treuhänder sind, wie bereits gemeldet, Justizrat Dr. Waldschmidt und Kommerzienrat Manasse. Die Vertreter der als Gläubiger interessierten Behörden sowie der Gebrüder Barmat werden im Laufe des heutigen Mittwochs bestimmt werden. Grundfähig ist den Barmats ein Mitbestimmungsrecht bei der Bewertung der von der Treuhandgesellschaft zu übernehmenden Werte und sonstigen Bestandteile des in- und ausländischen Vermögens der Gebrüder Barmat zugesichert worden. Aufgabe der Treuhänder wird es zunächst sein, die Lebensfähigkeit der verschiedenen zum Barmat-Konzern gehörigen Betriebe zu prüfen und eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Werte eventuell abzugeben sein werden. Im übrigen nimmt die Untersuchung im Fall Barmat ihren Fortgang, wie auch die Staatsanwaltschaft immer noch mit weiteren Ermittlungen beschäftigt ist. Augenblicklich sind die Bücherrevisoren, die in den letzten Tagen die Bücher der verschiedenen Betriebe des Konzerns in Berlin und im Reich geprüft haben, an der Arbeit, um über ihre dort getroffenen Feststellungen einen Bericht abzufassen.

## Wirtschaft

### Gewerkschaften und Schiffahrtssubvention.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die deutsche Regierung mit den Reedereien ein Kreditabkommen geschlossen, durch das aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge dem deutschen Schiffsbau 50 Millionen Mark als Darlehen für den Bau neuer Schiffe zu außerordentlich günstigen Zinsbedingungen gewährt werden. Schon anlässlich der Werdung haben wir darauf hingewiesen, daß diese Kredite volkswirtschaftlich keinen Nutzen, sondern im Gegenteil eine Gefahr bedeuten, weil bereits jetzt zuviel Schiffsraum auf der Welt vorhanden ist und die internationale Konkurrenz auf diesem Gebiete durch den Bau neuer Schiffe nur weiter verschärft wird. Die Gewerkschaften sind - vor dem Beschluß des Reichskabinetts um ihre Meinung überhaupt nicht gefragt worden. Erst nachdem der Beschluß gefaßt war, gab man ihnen von der vollendeten Tatsache Kenntnis. Die schweren volkswirtschaftlichen Bedenken gegen diesen Kredit werden nun, wie die nachstehenden Ausführungen der „Gewerkschaftszeitung“ bestätigen, von den freigewerkschaftlichen Spitzenverbänden durchaus geteilt. So schreibt das Organ des ADGB:

„Die Krise in der Schiffahrt und dadurch in der Schiffbauindustrie ist nicht zu leugnen. Auch nicht, daß die in anderen Ländern geübte Subventionierung die Lage kompliziert. Aber in ähnlicher Lage stehen auch andere Industrien, ohne daß es möglich ist, ihnen in der hier angewandten Methode Hilfe zu bringen. Es ist sogar fraglich, ob die jetzt eintretende Kredithilfe wirklich Hilfe bringen kann, denn die Ursache der Krise ist tiefer. Es besteht die Gefahr, daß die Kreditgewährung lediglich einen weit überspannten Produktionsapparat künstlich stützt und dadurch auch für die Zukunft weltbewerbsunfähig hält. Kommt nur Hilfe für den Arbeitsmarkt in Frage, nicht aber Liebesgaben an Reeder und Werften, so wäre zu prüfen, ob nicht die großen Mittel, die hier der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“ entzogen werden, zur Durchführung von Arbeiten genutzt werden sollten, die künftig dauernd für die deutsche Wirtschaft sehr viel wertvoller sind und die auch zur augenblicklichen Hebung der Erwerbslosigkeit viel mehr und viel Durchgreifenderes leisten könnten. Man denke z. B. an das Baugewerbe, dessen durchgreifende Belebung weit über den Kreis des eigentlichen Baugewerbes hinaus den Arbeitsmarkt fördert, daneben aber durch Beschleunigung und Verbilligung des Wohnungsbaues die unserer Volkswirtschaft drohende immense Gefahr abwendet, daß eines Tages unerhörte Wohnungsmieten die

deutsche Exportindustrie erdrücken. Man denke an die langgeplante Kanalprojekte, deren Ausführung nicht nur erhebliche Massen ungelernter Arbeitsloser binden, sondern zugleich durch die Möglichkeit billiger Wasserfracht volkswirtschaftlich segensreich wirken würde.

Die Bedingungen des Kredits sind überraschend günstig. Selbst die während der Bauperiode zu zahlenden  $\frac{1}{2}$  n. H. Zinsen sollen tatsächlich ganz fort. Wenn auch die Hergabe des Kredits ratenweise entsprechend dem Baufortschritt erfolgt, so wird doch eine auch nur scheinbar geschickte Bauleitung die Summen so frühzeitig zu erhalten wissen, daß erhebliche Teile bis zur endgültigen Verwendung bankmäßig angelegt werden müssen. Bei der weiten Spanne zwischen der derzeitigen bankmäßigen Verzinsung und dem  $\frac{1}{2}$  n. H. wird ein ganz erheblicher Zwischengewinn entstehen, der die Verzinsung mehr als wettmacht. Jedoch, es wird die finanzwirtschaftliche Seite des Abkommens noch besonders im Parlament eingehend zu besprechen sein. Hier genügt es festzustellen, daß die geplante Aktion weniger eine Erwerbslosenfürsorge als eine Reeder- und Werftbesitzerfürsorge darstellt. Nach neueren Meldungen bestätigt der Schiffbau auch diese Auffassung, indem er die Preise bereits stark steigen ließ. Daß die Reeder, die sich gern als die Hauptleidtragenden des Friedensvertrages hinstellen, bereits mehr als genug erhalten haben und daß jede Mark weiterer Zuwendung ein glattes Geschenk ist, weiß jeder Kundige.

Da die Gewerkschaften auf den Beschluß der Regierung keinen Einfluß nehmen konnten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Sicherung der arbeiterrechtlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeitnehmer gegen das als reaktionär bekannte Werkkapital zu bewahren. Sie forderten daher, daß die Kreditgewährung an die Bedingung geknüpft wird, daß die auszuführende Firma bestimmte sozialpolitische und arbeitsrechtliche Verpflichtungen übernimmt, wie die kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag, Achtstundentag, Verbotung des öffentlichen Rauchens usw. Neben anderen Forderungen, die eine sachgemäße Verwendung der Kredite bezwecken, wurde auch die Erhebung, daß die Arbeitnehmerorganisationen mit maßgeblichem Einfluß an der Vergabung und Kontrolle der Kredite beteiligt werden.

**Wirkungen der Eisenpreiserhöhungen.** Die Folgen der von der Rohstahlgemeinschaft durchgeführten Preiserhöhungen für Roh Eisen, Stahl usw. zeigen sich u. a. in einem Beschluß des Verbandes Deutscher Gas- und Wasserarmaturen-Fabrikanten, die ihre Preise um 20 Prozent erhöhen. Die Erhöhung wird mit den gestiegenen Preisen für Rohmetalle begründet.

**Versuchen Sie die hervorragende neue:**

**Tomaten**

**Knorr**

**Suppen-**

**Wurst**

1 Stück = 6 Teller

feine kräftige Suppe

35 Pfg.

7 Sorten: Blumenkohl, Grünkern, Krebs, Oden-schwanz, Pilz, Tomaten, Spargel.

**Sozialistische Wahlkundgebung**

Donnerstag, 29. Januar, 8 Uhr abends

Logenhaus, Joachimsthaler Straße 13:

**Sozialistische Wahlkundgebung**

zu den

**Wahlen z. Preussischen Landesverband d. Jüdisch. Gemeinden**

Redner die Genossen

**Staatsbankpräsident a. D. Waller Loch (Thür.)**

**Dr. Oskar Cohn**      **Julius Kallski**

**Alfred Berger**    **Dr. Georg Cohn u. a.**

**Wahlkomitee der jüdischen sozialdemokratischen Arbeiter-Organisation Poale Zion.**

187/18

**Preußengold 5**

Edelcigarette

in eleganter 25 Stck.-Pkg.

## Der Husten.

Von Dr. Rosbacher.

Wie begrüßenswert ist des Morgens ein Husten, der mit einigen wenigen Stößen die in der Lunge des Nachts über angesammelten Schleimmassen herausbefördert, so daß die Lunge frei aufatmen kann! Ein solcher Husten erfüllt seine Aufgabe in vollem Umfange, und es wäre töricht, ihn zu unterdrücken oder gar dagegen Medikamente einzunehmen. Bekanntlich ist der Husten ein nützlicher Reflexvorgang, der zu den drei Schutzmaßnahmen der Lunge gehört, Schleimabsonderung, Flimmerbewegung (die Zellen der Schleimhäute des Atemapparates heften zum großen Teil feine bewegliche Flimmerhärchen, mit deren Hilfe sie kleine Fremdkörper, Schleimpartikelchen und dergleichen nach oben befördern) und schließlich der Husten. Für die Beseitigung von geringen Mengen von feinem verteiltem Eiter, Schleim und Blut reichen die Flimmerbewegungen aus; es genügt dann ein leichtes Anhusten oder Räuspern, um das Abgesonderte (Sekret) völlig herauszubringen. Es ist diese Tatsache besonders bei Lungenblutungen zur Verhütung von Wiederholungen von Wichtigkeit, da hierbei die gefährlichen übermäßigen Erschütterungen wie beim angestrengten Aus husten unterbleiben. — Ausgelöst wird der Husten durch Reizung der Schleimhäute des Kehlkopfes, Luftröhre und der Bronchien. Der hartnäckige Reizhusten bei Kindern im Anschluß an ansteckende Krankheiten, insbesondere bei Tuberkulose, beruht gewöhnlich auf den Druck geschwollener Lymphdrüsen auf die Bronchien. Hier wie bei der einfachen Schwellung der Bronchialschleimhaut oder bei der Absonderung zähen und schwer beweglichen Schleims tritt — im Gegensatz zu dem eingangs genannten „lockeren“ Husten — der „trockene, rauhe oder bellende“ Husten auf, der durch Reizung höhlartigen kann. Dieser erfolglose Husten ist quälend und schädlich wie auch sonst jeder Husten, der die Lunge über Gebühr anstrengt. Der trockene Reizhusten zu Beginn eines Bronchialkatarrhs steigert das Bindegefühl in der Luftröhre und den Bronchien, löst Schmerzen in der Atem- und Bauchmuskulatur aus und führt u. a. durch Fernhalten des Schlafes zu allgemeiner Erschöpfung. Gleichzeitig kommt es — vorwiegend bei angestrengtem Husten — zu erheblicher Blutstauung und Blutdrucksteigerung in den Lungenarterien. Durch einen scharfen Hustenanfall werden bekanntlich nicht allzu selten bei Lungenkranken schwere Lungenblutungen ausgelöst. Derartige Personen müssen sich davor hüten, hemmungslos heraus zu husten — ebenso wie Menschen, die an allgemeiner Gefäßschwäche (Arteriosklerose) leiden, da es hier zu Perforation von Blutgefäßen im Gehirn kommen kann. Bei Reizhusten kann man vielfach Blutungen in die Bindehaut des Auges beobachten. Selbstverständlich übt ein übermäßiges Husten auf das Lungenleiden selbst einen ungünstigen Einfluss aus.

In einem lockeren, erfolgreichen Husten, der sich in Grenzen hält, gibt es nichts zu behandeln; man läßt ihn am besten seine Aufgabe, die abgelagerten Schleimmassen heraus zu befördern, ungehindert vollbringen. Natürlich dürfen Schlaf- und Nahrungsaufnahme nicht leiden. In solchen Fällen wird der Arzt einige Zeit vor dem Schlafengehen und vor den Mahlzeiten hustenstillende Medikamente nehmen lassen. Dagegen muß der trockene, erfolglose Husten, wenn er durch zähes Sekret oder durch sonstige Reize ausgelöst wird, die nicht durch den Husten entfernt werden — Schwellung der Schleimhäute in den Bronchien, Druck von Drüsen, Gekochwülste — gemildert oder gar unterdrückt werden, zumal wenn er im Uebermaß auftritt. Zunächst vermag der Kranke selbst durch Willensanstrengung viel zu leisten. Er kann es lernen, den Hustenreiz zu unterdrücken und nur leichte Hustenstöße erfolgen zu lassen. Besonders wichtig ist diese Erziehung bei Keuchhustenkranken und Asthmatikern. Natürlich muß die Luft im Krankenzimmer rauch-, staubfrei und feucht sein. Das Aufhängen von nassen Tüchern, Küstchen von Verdunstungsflecken und ähnliche Mittel leisten gute Dienste. Je nach Art des Hustens und des Grundleidens wird der Arzt Gurgeln, Inhalieren, Salmiakpastillen, in schweren Fällen narkotische Hustenmittel, z. B. Kodein, verordnen. Bei ganz erfolglosem Husten wird man versuchen, den Husten zu „lösen“, d. h. die Absonderung anzuregen und zu beschleunigen. Dampfäder — jedoch nur bei kräftigen Personen —, feuchte Wickel, Eisessig und dergleichen leisten hierbei vorzügliche Dienste.

Run kann es aber vorkommen, daß wohl genügend leicht bewegliche Absonderungsmassen vorhanden sind, daß es aber infolge allgemeiner Schwäche oder sonstiger Umstände nicht zum Hustenreize und zum Husten kommt; dann können recht gefährliche Stauungen in der Lunge auftreten. Hier ist es eine der wichtigsten Aufgaben des Arztes, vorbeugend und helfend einzugreifen. Alle Leute mit derartigem Lungenleiden wird man aus dem Bett herausnehmen,

## Schliebens Beamtenpolitik.



Wie eine Amme ihrem Kind,  
So bin ich den Beamten gewogen;

Natürlich nur, wenn es „höhere“ sind —  
Die andern sind meistens hinausgeflogen. O. K.

auf eine Chaiselongue mit aufgerichtetem Oberkörper oder in einen Sesseltuhl legen, schwache Personen oft aufheben lassen und sie veranlassen, tief zu atmen oder auszuhusten. Kleine Kinder reizt man zum Schreien, um sie zum Husten zu bringen. Dann gibt es noch eine Reihe von Mitteln, die hustenerregend und lösend wirken.

Man muß sich aber in allen Fällen bemühen, daß der Husten seine Aufgabe nur dann erfüllt, wenn mit seiner Hilfe die Lungen gelüftet und schädliche Stoffe entfernt werden.

Alle Beziehungen zwischen Europa und Amerika? In den letzten Jahren haben sich amerikanische Forscher wiederholt mit einigen Indianerstämmen Mittelamerikas beschäftigt, die eine auffallend helle Haut und teilweise auch blondes Haar besitzen. Die Vermutung europäischer Weltreisende, daß die Indianer von Island und Grönland nach Nordamerika gekommen sind, und wo daneben auch noch andere, allerdings weniger sichere Nachrichten von irischen und baskischen Besiedlungen überliefert sind? Uebrigens sind alle diese Dinge nicht neu, Humboldt hat ausführlich darüber geschrieben, und

er konnte sich darauf berufen, daß schon die ersten Eroberer unter Cortez in Mexiko weiße Indianer fanden, die angaben, ihre Ahnen seien vom Osten über das Meer gekommen. In Juni, dem Hauptort des Bändchens Cibola in Mexiko gab es Menschen mit weißem Gesicht und blonden Haaren, sogar blaue Augen fanden sich. Die Bewohner von Quacatan erklärten, mit den übrigen Eingeborenen nichts gemein zu haben, sie stammten von jenseits des Meeres. So schon Kolumbus fand, daß die Bewohner einiger Antillen denen der Kanaren äußerlich glichen. Schon vor hundert und mehr Jahren hat man nach sprachlichen Zusammenhängen geforscht. Der eine fand wallonische Ähnlichkeit bei den Tzucororo, ein anderer wies hebräische Wörter in der Inka-Sprache nach, und ein dritter hörte in Mexiko armenische Ausdrücke. Wer sich mit solchen Dingen befaßt hat, weiß, daß solche Ähnlichkeit überall zu finden sind, und daß man damit alles und nichts beweisen kann. Bekannt sind ferner Ähnlichkeiten in Baumarten, Dolmen, Pyramiden u. dgl., schließlich in den Vorstellungen vom Tierkreis, der Jahresrechnung, dem Kalender. Indessen so sehr einzelne auf solche Beweise schwören, so wenig gelten sie anderen. Im allgemeinen wissen wir heute noch nicht mehr von alten Zusammenhängen des Ostens mit dem Westen, als Humboldt gewünscht hat. Aber nichts verbietet uns anzunehmen, daß schon im Altertum Leute aus Tartessos, Tyrus, Karthago die große Fahrt gewagt haben. m.

## Matteo Falcone.

Von Prosper Mérimée.\*

Wenn man von Portorochio in das Innere der Insel wandert, in nordwestlicher Richtung, steigt der Weg ziemlich rasch, und nach drei Stunden Marsch auf sich schlingendem Saumpfad, den mächtige Felsblöcke verbauen und zuweilen Schluchten unterbrechen, steht man am Rand einer weit ausgedehnten Macchia.

Hier ist die Heimat der korinthischen Hirten und der Schafswirler derer, die mit dem Geruch in Widerspruch geraten sind. Nun muß man wissen: auf Korsika erleichtert sich der Bauer die Mühe, sein Feld zu düngen, indem er ein Stück Wald in Brand steckt; steigt das Feuer weiter als der Zweck es erhischt, so ist das schlimm; doch was auch geschehen mag, die Saat unter der Asche der Bäume, die diese Feuer beschatteten, sichert ihm gute Ernte. Die Wehren werden gesichert, während das Stroh, das zu sammeln zu umständlich wäre, liegen bleibt; und aus den unverbrannten Baumwurzeln treiben im Frühling darauf üppige Sprosslinge, die in ein paar Jahren sieben bis acht Fuß hoch sind. So entsteht ein Buschwald, die Macchia gebildet, aus allerlei Bäumen und Sträuchern, die wie durcheinander wachsen, wie der göttliche Zufall es fügt. Nur mit der Zeit in der Hand bricht sich der Mensch darin Bahn, und an manchen Stellen ist das Dickicht so unzugänglich, daß sogar Wildschafe nicht durchkommen.

Wer einen Menschen umgebracht hat, entsetzt in die Macchia von Portorochio. Dort stillt er sein Leben ungeschützt, wenn er eine gute Büchse, Pulver und Blei besitzt; nicht zu vergessen den Pilone. Das ist ein brauner Kapuzenmantel, der als Lager und Decke dient. Die Hirten spenden Wild, Käse und Kastanien; vom Geruch und von der Spitze des Gemordeten hat er nichts zu befürchten, außer wenn er nach neuem Schießvorrat ins Dorf muß.

Als ich im Jahre 18... auf Korsika weilte, hatte Matteo Falcone sein Haus eine halbe Meile vor diesem Buschwald. Nach dortigem Begriff war er ein wohlhabender Mann; er lebte vornehm, das heißt ohne viel zu tun, vom Ertrag seiner Herden, die von

Hirten (einer Art Nomaden) nach den verstreuten Weiden im Hochlande geführt werden. Ich habe ihn kennengelernt zwei Jahre nach dem Ereignis, das ich erzählen will; er kam mir höchstens fünfzig Jahre alt vor. Man stelle sich einen Keinen, aber kräftigen Mann vor mit pechschwarzem krausen Haar, Widernase, schmalen Lippen, großen lebhaften Augen und einer Hautfarbe vom Braungelb der Stulpensittelle. Er galt als hervorragender Schütze, was viel besagt in einem Lande, das daran nicht Mangel hat. Wildschafe zum Beispiel traf Matteo auf hundertwanzig Schritt mit der Kugel im Kopf oder im Hals, je nachdem. Nachts handhabte er seine Waffe genau so gut wie bei Tag, und man hat mir eine Probe seiner Geschicklichkeit berichtet, die mancher, der Korsika nicht kennt, kaum glauben wird. Man stellte in Entfernung von achtzig Schritt eine angezündete Kerze hinter einer tellergroßen Scheibe aus Delpapier auf. Er legte an; dann blies man das Licht aus. Nach einer Minute drückte er ab und verfehlte die Scheibe im Stockdunkeln bei vier Schuß nur einmal.

Bei so außerordentlicher Tüchtigkeit erfreute sich Matteo Falcone hohen Ansehens. Es hieß, er wäre als Freund so treu wie gefährlich als Feind. Sonst war er gefällig und mildtätig, hielt mit jedermann im Bezirk Frieden; allerdings ging das Gerücht, er habe sich in Corte, woher sein Weib gebürtig war, eines im Streit wie bei Liebeshäufen gleich unbedeutenden Rivalen in unwürdiger Weise entledigt. Jener Hinterschub nämlich, der besagten Nebenbuhler beim Kaiserern am Fenster ins Jenseits beförderte, ward keinem anderen zugeschrieben als dem Matteo. Auch war diese Geschichte nicht ganz vergessen, da führte er Giuseppe heim. Seine Frau schenkte ihm zunächst drei Mädchen (worüber er wütete), und endlich einen Jungen, der — die Hoffnung der Familie und der Erbe des Namens — Fortunato getauft wurde. Die Töchter waren längst gut verheiratet; bei Bedarf konnte Matteo auf die Dolche und Stutzen seiner Schwiegeröhne rechnen. Der Knabe war erst zehn Jahre alt, aber seine Anlagen versprochen das Beste.

An einem schönen Herbsttage brach Matteo mit seiner Frau zu früher Stunde auf, um in einer Richtung der Macchia eine seiner Herden zu besichtigen. Der kleine Fortunato wollte mitgehen, aber der Ort war zu weit, und es war wohl auch nötig, daß jemand zurückbliebe, das Haus zu hüten. Also schlugs ihm der Vater ab. Er sollte es zu bereuen haben.

Die Eltern waren etliche Stunden fort; der Knabe lag behaglich ausgestreckt in der Sonne, schaute nach den blauen Bergen und be-

achte, daß er am kommenden Sonntag in der Stadt bei seinem Onkel, dem Caporale, zum Mittagmahl eingeladen war, als ihn plötzlich der Knall einer Feuerwaffe seiner Träumerei entriß. Er sprang auf und hörte in der Schallrichtung, der Niederung zu, Rockmatsch schloß es und immer wieder, in ungleichen Abständen, näher und näher. Schrecklich, erdrieh auf dem Pfad, der vom Hang her zum Hause führte, ein Mann, auf dem Haupt eine Zylindermütze, wie die Bergbewohner sie tragen, mit struppigem Bart, in zerlumpter Kleidung. Auf seine Büchse gestützt, vermochte er sich kaum weiterzuschleppen. Ein Schuß hatte ihn in den Schenkel getroffen.

Es war ein Bandit, das heißt ein Gedächter, der in der Nacht, um Pulver zu kaufen, nach der Stadt gegangen war, unterwegs aber auf einen Streiftrupp korinthischer Jäger gestoßen war, die im Hinterhalt lagen. Nach mondhafter Gegenwehr war es ihm gelungen, den Rückweg zu gewinnen, lebhaft beschossen, von Fels zu Fels wieder feuernd. Er hatte nur geringen Vorsprung vor den Soldaten, und seine Wunde hinderte ihn, den Buschwald zu erreichen, ehe sie ihn einholten.

Er näherte sich Fortunato und rief ihm zu:  
„Bist der Sohn von Matteo Falcone?“  
„Bin ich!“ antwortete der Knabe.  
„Ich bin Gianetto Sauvierro. Die Geldtragen sind mir auf den Nähten. Verbirg mich! Ich kann nicht weiter.“  
„Was wird mein Vater sagen, wenn ich dich ohne seine Erlaubnis verdecke?“  
„Er wird sagen: Hast recht getan!“  
„Wer weiß?“  
„Rasch verbirg mich! Sie sind schon nahe.“  
„Warte, bis mein Vater heimkommt!“  
„Warten soll ich? Gottverdammlich! In fünf Minuten sind die Kerle hier. Rasch, verbirg mich — aber ich schlage dich tot!“  
Mit größter Kaltblütigkeit erwiderte ihm Fortunato: „Deine Hinte ist nicht mehr geladen. Hast auch nichts zu scheuen in deiner Carthago.“  
„Ich habe meinen Dolch!“  
„Kannst du so schnell laufen wie ich?“  
Er machte einen Satz und brachte sich in Sicherheit.  
„Du willst der Sohn von Matteo Falcone sein und läßt mich vor eurem Hause gefangennehmen?“  
Der Knabe war stillos betroffen. (Fortf. folgt.)

\* Aus der schönen Ausgabe der „Gesammelten Werke“ des klassischen französischen Romanisten (1803—1870), die in einer vorzüglichen Uebersetzung Arthur Schnitzers bei Buchenau und Reichert in München erschienen.

